Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gesellschafter", „Der kommunistische Gesellschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Hüterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 290. ★ Redaktion: Dresden-A., Hüterbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr, Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 453 Dresden, Paul Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 25 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 50 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den kreisgespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Montag, 20. April 1925 | Nummer 15

Rüstet zum Kampfmai!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die reformistischen Führer des ADGB. fordern am 1. Mai zur Arbeitsruhe auf. Sie, die den Achtstundentag preisgegeben haben, die die Ermächtigungsgesetze beschlossen, die Kaiser- und Kriegssozialisten, die durch Noske, durch Geßler, durch Seeckt und Ebert den Bürgerkrieg gegen das Proletariat geführt haben, die dem brutalsten Sklavenvertrag der Welt zugestimmt haben und für seine Durchführung Sorge tragen, wollen mit ihrem Schwindel vom Washingtoner Abkommen und Volksentscheid **die Arbeiter aufs neue mit Illusionen erfüllen,** die Arbeiter erneut betrügen.

„Für den Frieden!" — so rufen die Amsterdamer, und sagen dabei kein Wort über die Kriegsrüstungen der Imperialisten gegeneinander und gegen Sowjetrußland.

„Für Völkerverbrüderung!" — rufen die Amsterdamer und meinen dabei den Räuberpacht, den die Kapitalisten unter sich geschlossen haben, um das Proletariat zum Weißbluten zu bringen.

Der 1. Mai, das sollte der Kampftag des internationalen Proletariats für den Weltfrieden, für den Achtstundentag, für soziale Maßnahmen sein.

Die Amsterdamer aber haben den 1. Mai zu einem Gebiet der Kapitalisten, zu einem erbaulichen Ruhetag für die Arbeiter gemacht. **Von Kampfstimmung ist nichts geblieben.**

In den sechseinhalb Jahren der deutschen Republik wurde die kampfentschlossene Haltung der deutschen Arbeiter umgebogen zu einer törichten Hoffnungs- und Glaubensstimmung auf das große „Wunder", das durch die Republik der Ebert und Genossen geschehen soll. In Hoffen und Harren haben die Arbeiter alle ihre Rechte verloren. Der Achtstundentag ist wieder verschwunden. Die Rechte der Betriebsräte sind fast beseitigt.

Die Kapitalisten triumphieren. Die Arbeiter müssen ihr Werk von vorn anfangen, um es zu einem siegreichen Ende zu führen.

Der Kampf der Arbeiter kann aber nur geführt, siegreich geführt werden, wenn die Proletarier eine **einheitliche, geschlossene Masse** gegen den Kapitalismus bilden werden. Wenn sie die Gefahren sehen, die sie umlauern.

Die Gefahren des neuen Krieges,
der gesteigerten Ausbeutung.

Die imperialistischen Ausbeuter sind daran, einen neuen Feldzug gegen Sowjetrußland zu organisieren. Die deutschen Arbeiter sollen **Schlacht- und Arbeitsvieh** dieses neuen Krieges werden.

Gegen diese Gefahren muß die deutsche Arbeiterklasse sich zusammenschließen. Sie kann das nur dann, wenn sie sich von dem Einfluß der Leipart und Genossen, **von der Gesellschaft der mit dem Kapitalismus zusammenarbeitenden Führer befreit.** Wenn die Gewerkschaften **wieder Kampforganisationen werden.**

Die imperialistischen Räuber und ihre Lakaien wollen in Deutschland Ruhe und Ordnung für die Kapitalisten. Deswegen wollen sie keinen Kampfmai, keine Einheitsfront des Proletariats.

In den meisten Orten Ostsachsens haben es die Gewerkschaftsführer abgelehnt, eine gemeinsame Kundgebung der Arbeiter durchzuführen. Die Gewerkschaften, die sich ausschließlich in den Dienst der SPD. gestellt haben, die den Arbeitern als Kandidaten den Achtstundenräuber Marx empfehlen, wollen keine Einheit mit den revolutionären Arbeitern.

Die Arbeiter aber müssen diese Einheit durchführen.

Und sie werden sie durchführen, die Kommunisten werden ihre Solidarität und ihren Willen zur Einheit bezeugen und bei den Massen stehen, trotz der Sabotage der Knechte des Kapitals.

Die Arbeiter werden gemeinsam stehen gegen den Vertrauensmann des Kapitals.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Denkt am 1. Mai an die Taten von Robert Schmidt, Schippel, Kalksn, Sollmann und Ebert. Denkt an den Verrat in Sachsen und Thüringen. An den Einmarsch der Reichswehr. An die Haltung der rechten und linken SPD.-Betrüger und Feiglinge.

Der 1. Mai muß stehen im Zeichen der gemeinsamen Demonstration der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Am 1. Mai demonstrieren die revolutionären Arbeiter gemeinsam

für den starren Achtstundentag,
für 40prozentige Lohnerhöhung,
für entschiedene Sozialfürsorge,
für die Einheitsfront der Gewerkschaften,
für die Solidarität mit Sowjetrußland,
gegen den imperialistischen Krieg,
gegen die Luther-Regierung und die Monarchie.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Heraus zur gewaltigen Kundgebung am 1. Mai!

Die Bezirksleitung der KPD. Ostsachsen.

Der Achtstundentag und der 1. Mai

Der Achtstundentag — das war das Symbol aller Maifeiern. Er gehörte zu dem eisernen Bestand der an den 1. Mai geknüpften Forderungen. In schwungvollen und begeisterten Worten haben Tausende von Maifeierrednern das Problem der verkürzten Arbeitszeit von allen Seiten beleuchtet. Millionen haben am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert, gekämpft und Opfer gebracht, und echter proletarischer Kampfgeist erfüllte die Arbeitermassen, wenn die Unternehmer mit den ihnen zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln der Forderung im Wege standen.

Der 1. Mai war einst der Kampftag der Arbeiterschaft! Nicht nur ein Kampftag für die deutschen Arbeiter, nein, ein Kampftag der gesamten Internationale. **Als auf dem** Pariser Kongreß im Jahre 1889 **zum ersten Male diese** internationale Kundgebung, **deren erste Forderung der** Achtstundentag war, **für den 1. Mai beschlossen wurde, war** es die deutsche **Sozialdemokratie, die bereits damals diese** übernommenen **internationalen Verpflichtungen opportu**nistisch auslegte **und die Kundgebung auf den 1. Sonntag** im Mai verschob, **um den bei diesen Demonstrationen sich** ergebenden Auseinandersetzungen **zwischen den Organen** des kapitalistischen Staates **und den Arbeitern aus dem** Wege zu gehen. Während es in Italien **und auch in** Frankreich fast regelmäßig zu Zusammenstößen **zwischen** der Arbeiterschaft und den staatlichen Organen **anläßlich** der Maidemonstration kam, wurde von den Partei- **und** Gewerkschaftsführern versucht, mit den feigen **Ausreden:** „unnütze Opfer zu sparen" und „aus praktischen Gründen" dem 1. Mai seinen revolutionären Charakter **zu nehmen,** und man verstand es schon damals, **alle diejenigen, die** diese reformistische Politik nicht **mitmachen wollten, bei der** Arbeiterschaft als „Revolutionsromantiker" **und „revo**lutionäre Phraseure" abzutun. Nur ein **kleiner Teil, die** Hamburger Arbeiter, waren es, **die am 1. Mai 1890 über** die Köpfe ihrer Führer **hinweg eine gewaltige Demon**stration veranstalteten.

Mit den revolutionären Wellen, die die russische Revolution in den Jahren 1904/5 schlug, **mit denen sich neue** Perspektiven der proletarischen **Revolution eröffneten,** kommt auch zum erstenmal in Deutschland **in die gewerk**schaftsbureaukratische Forderung nach dem **achtstündigen** Maximalarbeitstag ein revolutionärer Schwung. **Rosa** Luxemburg war es, die mit der Forderung **des Achtstunden**tages, **der für sie im Höchstfalle nur eine Etappe sein konnte,** durch Propagierung von Massenaktionen **der Mai**feier die revolutionäre Prägung zu geben versuchte.

Mit dem Zusammenbruch der 2. Internationale, mit dem Weltkrieg, in dem die deutschen Sozialfaschisten skrupellos alle Kredite bewilligten, war natürlich keine Rede mehr davon, daß die Gewerkschaften zu irgendwelchen Demonstrationen für den 1. Mai und den Achtstundentag aufriefen.

Im Gegenteil: Sie waren es, mit deren Hilfe die deutsche Arbeiterschaft durch das Hilfsdienstgesetz zu rechtlosen Heloten herabgedrückt wurde, die Granaten drehten, um die Fortsetzung des imperialistischen Massenmordes zu ermöglichen. Die Rolle Eberts, wie sie im Magdeburger Prozeß zutage trat, ist der beste Beweis dafür, wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die sichersten Stützen der kapitalistisch-imperialistischen Reaktion geworden waren.

Nur einer war es, der die Fahne der Revolution hochgehalten hat, Karl Liebknecht! Mit seiner bekannten Maidemonstration in Berlin im Februar 1916 erscholl sein Ruf nach der Internationale, um dann in den Zuchthausmauern erstickt zu werden.

Und dann kam der Achtstundentag. Die in allen Gliedern zitternde Bourgeoisie schloß mit den vor der revolutionären Kraft des Proletariats erschrockenen Führern — der SPD. und den Gewerkschaften — ein Bündnis zur Rettung der kapitalistischen Ordnung, von dem der Syndikus und Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen Dr. Reichert folgendes sagte:

„In den ersten Oktobertagen stand die Frage für die Industrie wie folgt:

Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung und der nahenden Revolution retten?

Da kamen die führenden Schwerindustriellen zu folgenden Schlußfolgerungen. Was ist zu tun?

Auf das Bürgertum — ist in wirtschaftspolitischen Dingen leider kein Verlaß. **Einen überragenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben.**

Offener Bürgerkrieg in Bulgarien

Maskierte Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland

Wien, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die italienische Presse berichtet über große Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. In Warna sind große Kämpfe. Der Distrikt Kernowa ist von Aufständischen besetzt. In den Distrikten in der Nähe der jugoslawischen und griechischen Grenze kämpfen mazedonische Aufständische gegen die Zankowtruppen. Aufständische Truppen marschieren nach der Stadt Starisagora. Die Zankow-Regierung soll vor der Demission stehen. König Boris soll sich zur Flucht vorbereiten. Sofia ist militärisch besetzt. Telephongespräche dürfen nur mit amtlichen Personen geführt werden. Bestimmte Stadtteile sind vom Militär plakatiert und durchsucht. Bei diesen Maßnahmen sind bewaffnete Zusammenstöße erfolgt. Nach amtlichen Berichten sind von Nordwest-Bulgarien beim Dorfe Waldschidol, sowie bei Schumen Gefechte mit Aufständischen gemeldet. Fortgesetzt werden Massenverhaftungen vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten beträgt Tausende. Unter den Verhafteten befinden sich Jankoff und Minkoff, die der Urheberschaft des Attentats in der Kirche beschuldigt und von der Presse als „Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Kommunistischen Zentral-Komitees in Sofia" bezeichnet werden. Nach Regierungsmitteilungen befinden sich alle Führer der kommunistischen Bewegung in Haft. Die Regierung hat sich noch nicht getraut, die genaue Anzahl und Namensliste der Opfer des Kirchenattentates bekanntzugeben. Die Beisetzung der Toten hat in aller Stille begonnen. Die Regierung wagt nicht, feierliche Begräbnisse zu veranstalten. Die Zankow-Regierung will, gestützt auf das ausländische Kapital, das Attentat zum Anlaß nehmen, um den blutigen Terror gegen alle oppositionellen Elemente noch weiter zu steigern und diese auszurotten. Gleichzeitig aber mit dem „Kampf gegen die kommunistische Gefahr" will sie die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland maskieren. Bulgarien hat bereits die Ermächtigung von der Entente, seine Armee um 3000 Freiwillige zu ergänzen. Weitere Schritte werden unternommen, um die Genehmigung zur Einberufung einer Truppe zu erhalten, die mit 10 000 Freiwilligen erhöht werden soll. Als weitere Maßnahmen der maskierten Mobilisierung gegen Rußland werden trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit Angestellte und Arbeiter aus staatlichen und Privatbetrieben entlassen und durch Wrangelsoldaten und russische Weißgardisten ersetzt.

Aussperrung von 15000 Metallarbeitern in Schlesien

(WTB.) Breslau, 18. April. Anläßlich der Teilausstände in der schlesischen Metallindustrie teilt der Verband Schlesischer Metallindustrieller mit, daß am Dienstag den 21. April die dem Verbande angehörenden Betriebe geschlossen und etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden, falls nicht am Montag den 20. April die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen sein sollte.

— Inmitten der allgemeinen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie **nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen — das sind die Gewerkschaften. Wenn dieser großen Masse organisierter Arbeitnehmer der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit dem Unternehmertum für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann —, dann — ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann — dann ist Aussicht vorhanden auf Rettung!"**

Mit der durch Verrat an der Revolution bezahlten Vereinbarung über die Arbeitszeit fiel der deutschen Arbeiterschaft mühelos in den Schoß, was jahrelang der Inhalt vieler revolutionärer Massenbewegungen gewesen war.

All das hinderte jedoch die Gewerkschaftsbureaukraten nicht, bei jeder Gelegenheit das „hohe Lied" von dem erkämpften Achtstundentag zu singen.

Der 1. Mai 1919 stand im Zeichen des Niederschlagens der Münchener Arbeiter durch den Sozialdemokraten Hoffmann.

Der 1. Mai 1920 sah das Kappsystem trotz Beendigung des Kapp-Putsches siegreich. Die Arbeiter, die mit dem verpönten Massenstreik die „demokratische Republik" retteten, füllten zu Tausenden die Zuchthäuser, die Konterrevolutionäre blieben straffrei.

Der 1. Mai 1921 stand im Zeichen der organisierten racheschnaubenden Konterrevolution. Mehr als 5000 revolutionäre Märzkämpfer schickte der Ausnahmezustand des Sozialdemokraten Ebert in die Gefängnisse.

Der 1. Mai 1922! Keine höheren Löhne ohne Arbeitszeitverlängerung. Planmäßig beginnen die Angriffe des wieder erstarkenden Unternehmertums auf den Achtstundentag, tatkräftig unterstützt durch die von der Bourgeoisie gekauften sozialdemokratischen Theoretiker August Müller, Lindemann, Kaliski, Schippel u. a. m.

Der 1. Mai 1923. Rasende Inflation treibt die Arbeiter zur Verzweiflung. Immer dreister erhebt die Konterrevolution ihr Haupt, immer stärker wird die Offensive des Kapitals gegen die einzige noch bestehende „Errungenschaft der Revolution".

Mai 1924. Feiger Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer war es, der dem deutschen Proletariat die verlorene Schlacht des Oktober 1923 brachte. Das Ziel, das der Führer der deutschen Schwerindustrie, Dr. Reichert, der deutschen Bourgeoisie zeigte, ist erreicht, durch die Judasrolle der deutschen Sozialdemokratie. **Max Müller, der sächsische Innenminister und getreue Lakai der Bourgeoisie, „verbietet den 1. Mai!"** Der Kreislauf ist vollendet!

Der 1. Mai 1925 steht im Zeichen der ersten Auswirkungen des Dawes-Gutachtens. Nur langsam beginnt sich das deutsche Proletariat auf sich selbst zu besinnen. **Herauf mit den Löhnen, herunter mit der Arbeitszeit! Das sind auch heute wieder die Forderungen der Arbeiterklasse.** In gewaltigen, überall aufflackernden Streiks versucht die deutsche Arbeiterschaft den furchtbaren Folgen des Dawes-Gutachtens, ihrer Sklavenrolle, zu entrinnen, und immer mehr und deutlicher erkennt die deutsche Arbeiterklasse die verräterische Rolle der Reformisten.

Noch einmal versucht die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiterschaft zu täuschen, noch einmal versuchen die Gewerkschaftsbureaukraten mit ihrer Phrase vom Volksentscheid und Washingtoner Abkommen die Arbeiter vom revolutionären Kampf um den starren Achtstundentag abzulenken und zu lähmen. Umsonst! Langsam aber sicher erkennt das deutsche Proletariat seine Klassenlage. Immer schärfer, immer gewaltiger werden die Formen des Kampfes zwischen den schwerindustriellen, internationalen Räubern und dem Proletariat! Wiederum wird der Maitag zum Kampftag der Arbeiterklasse werden.

Unter der Führung der KPD. wird das deutsche Proletariat, an revolutionären Erfahrungen reicher, die roten Fahnen der Revolution zum Siege tragen!

Theater im Zirkus

1. Vorstellung: Ein schwarz-rot-gelber monarchistischer Republikaner

2. Vorstellung: Ein schwarz-weiß-roter republikanischer Monarchist

Und Herr Marx sprach

Schwarzrotgolden rauschten hoch die Fahnen,
Die dieser Republik ergeben sind.
Wie im Dom zu Frankfurt einst die Ahnen
Sind die Enkel auch noch heute blind.

Sehen nicht das Schwarz des Zentrumspfaffen,
Spüren nicht das rotvergoss'ne Blut.
Die das Gold mit breiten Händen raffen,
Sorgen für „Begeisterung" und „Mut".

Hoch vom Podium sprach die Stimme,
Von der Klassen schöner Harmonie.
Lodert auf in wohlstudiertem Grimme,
Und dann klatscht des Wahltags Zettelvieh.

Singt mit Inbrunst: Deutschland über Alles!
Schon war die Begeisterung verrauscht.
Jeder zog nach Haus mit seinem Dalles,
Die Manager lächeln: es war gut gebauscht.

Ein Proletarier, der auch dabei gewesen,
Meinte nur: mich läßt die Sache kalt.
Ehe ich den Zentrumspfaffen wähle,
Wird er wie sein Herrgott selber alt.

Sonnabend abend vor'm Zirkus. Reichsbanner, ein Dutzend schwarz-rot-gelber Fahnen. „Musike", Menschenmenge; Arbeiter, sehr viel Kleinbürger, Frauen. **Der Zirkus kann nur mit Karte betreten werden.** Für 1 Mark ist hier Herr Wilhelm Marx zu sehen: „Nur für 1 Mark, immer herein, meine Herrschaften!" Autos fahren vor. **Die eigentlichen Mäzene des Herrn Marx.** Die Reichsbannerdiener springen eifrig herbei. Die Tore werden geschlossen. Drinnen alles voll. Die Schwarz-Rot-Gelben ziehen sämtliche Register. „Not des Volkes", schlechte Löhne, **aber** dem Unternehmer **geht's noch viel schlechter usw.** Frieden, Freiheit, Versöhnung der Gegensätze (Gummiknüppel, Maschinengewehre). Und zum Schluß: „Deutschland, Deutschland über alles!" Eine Anzahl Arbeiter singt nicht mit. Darauf heftige Auseinandersetzungen mit Reichsbannerhelden, die ihrem „Deutschbewußtsein" gar nicht genug Ausdruck geben können. Ganz dieselbe Heuchelei wie am nächsten Tag bei „Hindenburgs". Man verkauft willig Deutschland an Dawes und seine Hintermänner und gröhlt: „Deutschland über alles!"

Währenddessen diskutiert man heftig vor den Toren.

Arbeiter konnten ja keine Mark für das Theater bezahlen, sie müssen draußen stehen. Aber **hier stehen auch Kommunisten, die ganz offen und klar den Arbeitern sagen, welcher Betrug hier verübt wird.** Um jeden Redner eine dichte Menge. Zuerst immer Widerspruch seitens einiger SPD.-Helden. Im Verlaufe der Diskussion nimmt ein großer Teil der Arbeiter ganz offen Stellung für die Kommunisten. „Marx schützt die Republik? Nein, er schützt den Geldsack, der in der Republik genau so wohl gedeiht, wie in der Monarchie!"

„Die Republik kämpft gegen die Monarchisten? Nein, **sie zahlt Hindenburg-Ludendorff ein hohes Monatsgehalt, sie schickt Millionen dem Deserteur nach Holland nach, sie setzt die reaktionären Offiziere in die leitenden Stellen der Polizei und Reichswehr, sie schützt die schwarz-weiß-roten Demonstranten, während sie auf Arbeiter mit dem Gummiknüppel einhaut."**

„Die Kommunisten helfen der Reaktion? Wer ermöglicht **Hindenburg, zu kandidieren?** Wer holte Reichswehr nach Sachsen? wer schützt die reaktionären Kundgebungen? Die Republikaner und ihr Staatsapparat! Die Kommunisten **hätten Tabula rasa gemacht.** Das beweist Rußland, wo die **Reaktion brutal unterdrückt wird,** wo kaiserliche Offiziere, die gegen die Macht der Arbeiter und Bauern auftreten, **erschossen werden,** wo man den Zaren nicht finanzierte, sondern **einen Kopf kürzer machte,** wo man die **Kulturreaktion vernichtete,** die Kirche vom Staat **völlig trennte.... Wo Kinder nicht durch Pfaffen beeinflußt werden,** wo in der Armee **keine reaktionären Offiziere, sondern tüchtige Arbeiter das Kommando führen,** während die Offiziere nur auszubilden, aber keinen Einfluß haben. Die Arbeiter müssen erkennen lernen, daß **die deutsche Republik erst dem Monarchismus den Weg ebnet,** daß eine wirkliche Garantie für die **Niederringung der Reaktion** nur durch die **proletarische Diktatur in der Räterepublik gegeben ist."**

Das hört man aus den zahlreichen Gruppen. Und jetzt haken noch ein paar Freidenker ein. **Atheismus und Thälmann, oder Pfaffenherrschaft und Marx.** Die Frauen beginnen aufzutauen. „Ja, unsere Männer sind ja **viel dümmer als wir** Frauen, sonst würden sie uns nicht hierhertreiben, die Pfaffen haben unsere **Jungens gesegnet, bevor** sie ins Feld zogen, und dann sind sie nicht fürs Volk, sondern für **„die Großen" gefallen.** Der liebe Gott ist nur ein Popanz, den man uns vorhält, die Kommunisten haben doch recht, auch wenn wir Thälmann nicht durchkriegen, müssen wir für ihn stimmen, um den Schiebern und Großen zu zeigen, daß **wir gegen sie stehen.** Noch einmal wollen wir keinen Krieg, aber die Bürgerlichen, ganz gleich wie sie aussehen, werden immer mitmachen. Wir wollen heute hören, was Marx sagt, am Mittwoch gehen wir zu Thälmann. „Aber wenn ich doch keene Kommunistin bin, diesmal wähle ich **Thälmann!**

Die Reichsbannerhelden machten verzweifelte Versuche, die Kommunisten zu isolieren, um sie dann verprügeln zu können. Einer unserer Diskussionsredner hatte eine besonders große Menge um sich, in der vor **allem Frauen waren,** die Verwandte beim Reichsbanner hatten, **aber unserem Genossen zustimmten.** Darauf kam ein Reichsbannerheld und holte sie aus der Menge. Nach fünf Minuten kamen sie jedoch zurück und erklärten, **man habe sie gewarnt, bei unserem Genossen zu bleiben, weil es bald Prügel setzen werde,** sie würden sich das aber **nicht gefallen** lassen, unser **Genosse hätte doch recht** und sie würden gerade bei den **Kommunisten bleiben.** Dieser Zwischenfall hatte natürlich seine Auswirkungen. Als dann Marx eine der üblichen Reden vom Balkon aus hielt, beschirmt von fackeltragenden Reichsbanner-Söldlingen, und unsere Genossen laut weiterdiskutierten, und Zwischenrufe machten, wurden sie **nicht** angegriffen.

Die Rede des Herrn Marx auf dem Balkon brachte besonders die Reichsbannerhelden in Wallung. Die Proleten höhnten, als er immer wieder **„Ruhe und Ordnung"** betonte, hörte man sehr deutlich: „Schutz für das Kapital, Gummiknüppel und Maschinengewehre gegen die Arbeiter!" Und als am Schluß das Reichsbanner Marx hochleben ließ, ertönte als Echo: **„Nieder mit den Pfaffen!"** Ein riesiges Schupoaufgebot schützte dann die Reichsbannerhelden und ihre Fahnen vor der Sympathie der Proleten. **Eine kleine Gruppe von Jungkommunisten umstellte das Auto des Herrn Marx, als dieser abfahren wollte und dann gellte ihm das Lied von den Opfern „deutscher Demokratie" Karl und Rosa in die Ohren.** Er entzog sich dem Racheschrei durch schnelles Ankurbeln. Während sich die Menschenmenge langsam auflöste, hörte man noch die hellen Stimmen der jungen Arbeiter:

„Es rettet uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun,
Uns aus dem Elende erlösen
Können wir nur selber tun!"

2. Vorstellung.

Hindenburg-Rummel.

Ein schwarz-weiß-roter Republikaner.

Die schwarz-weiß-roten Republikaner **hatten** am Sonntag vormittag ihre Anhänger in den Zirkus **geschleift,** wo mit großem Geschrei „der Retter" angepriesen wurde. Schwarz-weiß-rote Fahnen; Hitlergardisten. Trommeln und Trompeten. Ein fetter Reichstagsabgeordneter wetterte gegen Korruption der Schwarz-Rot-Gelben (sie wollen nämlich die Früchte derselben allein einheimsen), erklärt, erst der Reichsblock hätte den tieferen Sinn der Verfassung erfüllt, indem sie einen General an die Spitze des Staates stelle usw. Hochrufe! Anschließend Demonstrations-Parade der Schwarz-Weiß-Roten mit Musik unter dem Schutze **des Polizeipräsidenten Kühn und seiner Garde.**

Das ist der Kampf der Schwarz-Rot-Gelben gegen die Monarchisten. Die Arbeiter, die mit geballten Fäusten dem Rummel zusahen, werden sich wohl gesagt haben: Für **diese Republik** sollen wir kämpfen? Für diese Republik, die die Monarchisten schützt und großzieht? Zum Teufel mit diesem Schwindel! Arbeiter kämpfen nur für ihre Republik, für die Arbeiterdiktatur.

Das Theater in zwei Akten muß den Proleten Dresdens die Augen geöffnet haben. Hindenburg und Marx sind beide Todfeinde der Arbeiterklasse, sie gehen nur in den Methoden der Unterdrückung auseinander, die Arbeiterschaft **kann** sich nur zu einer Methode bekennen! Gegen die aufmarschierenden Monarchisten und die Kapitalswillkür hilft nur eiserne Arbeiterdiktatur und eine rote Räterepublik!

Der Kampf gegen die Monarchie

Genosse Sinowjew über Republik und Monarchie. Sinowjews Rede.

In seinem Schlußwort auf der Erweiterten Exekutive ging Genosse Sinowjew auf die Präsidentenwahlen in Deutschland ein. Zur Frage der Monarchie und Republik machte er dabei die folgenden, für unseren Wahlkampf sehr wichtigen Ausführungen (wir übertragen aus der eben hier angelangten Moskauer „Prawda"):

In Deutschland ist jetzt zeitweilig die Alternative entstanden: Bürgerliche Republik oder Monarchie. Natürlich, für uns Kommunisten lautet die hauptsächliche Gegenüberstellung: Proletarische Diktatur oder bürgerliche Staatsform. Dadurch unterscheiden sich die Kommunisten von allen übrigen Parteien. Dieser Standpunkt ist für uns unabänderlich. Aber es kann auch eine solche Lage entstehen, wo die Alternative „bürgerliche Republik oder Monarchie" für eine gewisse Zeit sich belebt und für die Massen in dem einen oder anderen Lande aktuelle Bedeutung gewinnt. So ist jetzt die Lage in Deutschland. In dieser Phase der historischen Entwicklung hat die Frage der Diktatur des Proletariats lediglich propagandistische Bedeutung. Die Arbeiter Deutschlands fühlen instinktiv, daß jetzt in ihrem Lande die Frage „bürgerliche Republik oder Monarchie" ganz scharf gestellt ist. Aus Angst, daß in den Reihen des Dawesplanes noch die Schrecken der Monarchie hinzukommen können, stimmen sie für die Sozialdemokraten, darin eine Rettung suchend. Wenn unsere Partei das nicht begreifen und nicht verstehen wird, an die Frage bolschewistisch heranzugehen, werden wir auch weiterhin Anhänger verlieren. Es handelt sich dabei nicht um die Stimmenzahl — mit einem Stimmenzuwachs kann man sich noch abfinden —, es handelt sich um die Gefahr der Entfremdung von gewissen Schichten des Proletariats selbst. Wir müssen so handeln, daß wir dem Proletariat möglichst nahestehen.

Ich habe manche Genossen sprechen hören: Ist es für uns denn nicht ganz egal, ob die schwarzrotgoldene Republik oder die schwarzgrünweiße Monarchie siegen wird?

Nein, es ist nicht egal. Das ist eine unmarxistische Fragestellung. Ein solches Herantreten erinnert an die alten Streitigkeiten der Marxisten mit den Lassalleanern (richtiger mit den Vulgarisatoren des letzteren).

Welche Schlußfolgerung haben wir aus der Tatsache zu ziehen, daß acht Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind? Die Schlußfolgerung ist klar: Trotz der gesammelten Erfahrung merkt das Proletariat noch immer nicht, daß die Sozialdemokratie die „dritte" Partei der Bourgeoisie ist. Wir müssen uns demnach, die Arbeiterklasse aus den Fesseln der Bourgeoisie loszulösen. Aber den Unterschied zwischen Monarchie und Republik müssen wir sehen. Für den Klassenkampf des Proletariats ist die bürgerliche Republik ein günstigerer Boden als die Monarchie. Nicht deshalb natürlich, weil die Republik angeblich den bürgerlichen Frieden erstrebe, sondern deshalb, weil diese Regierungsform krasser den wirklichen Klassencharakter der Bourgeoisie aufdeckt. Heute wissen wir schon, daß auch das allgemeine Wahlrecht in den Händen der Bourgeoisie zu einer Waffe des Klassenkampfes gegen das Proletariat geworden ist. Aber wir müssen begreifen, daß bei der Entscheidung zwischen bürgerlicher Republik und Monarchie das Proletariat nicht gleichgültig bleiben darf. Wenn unsere deutsche Bruderpartei es verstehen wird, diesen Gedanken dem Proletariat klar zu machen, so wird es ihre Aufgabe in der Periode der revolutionären Windstille erleichtern.

Es ist für die Arbeiterklasse ein großes Unglück, daß sie sich noch in ideologischer Abhängigkeit von der Bourgeoisie und folglich auch von der Sozialdemokratie befindet. Aber soll uns das entmutigen? Sollen wir deswegen annehmen, daß es das Zeichen einer tiefen geistigen Krise der Arbeiterklasse ist, und daß die Arbeiterklasse noch lange, vielleicht Jahrzehnte, das Joch der Bourgeoisie ertragen wird? Nein, Genossen. Das bedeutet lediglich, daß wir einen zäheren und hartnäckigeren Kampf für die Revolution führen müssen, daß beträchtliche Teile der fortgeschrittensten Reihen der Arbeiterklasse — ich zähle die deutsche Arbeiterklasse zu den fortgeschrittensten — noch eine Reihe von Mißerfolgen und Niederlagen durchmachen werden. Das zwingt uns, mit der Psychologie der verbürgerlichten Teile der Arbeiterklasse zu rechnen, nicht in dem Sinne, daß wir von dieser Psychologie durchdrungen werden, sondern in dem Sinne, daß wir versuchen, sie besser zu verstehen, um sie desto leichter aus den Köpfen der Arbeiter auszumerzen. Wir können nicht sagen: Wir haben 1 800 000 Kommunisten, und nur mit dieser unserer Kerntruppe wollen wir rechnen. Diese 1 800 000 sind unsere befestigte Position, unsere eiserne Kohorte — die Blüte der Arbeiterklasse, der Hebel der Weltrevolution. Ohne diesen Kader sind wir nichts. Das ist richtig. Aber die ganze Frage ist, wie wir die übrige Masse gewinnen sollen. Dazu müssen wir wissen, wo der Schuh drückt. Aber das darf nicht so verstanden werden, daß wir hinter der Arbeiterklasse herlaufen und uns mit allen Mängeln der Arbeiterklasse abfinden sollen.

•

Der Schandschiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter abgelehnt

16 000 für, 196 000 gegen Annahme.

Berlin. Die Urabstimmung in der Berliner Metallindustrie ergab die Ablehnung des Schiedsspruches, der praktisch den Neunstundentag bringt, mit gewaltiger Mehrheit. **Es haben 16 000 Arbeiter für und 196 000 gegen den Schiedsspruch gestimmt.** Die Aufforderung des „Vorwärts" und der DMV.-Bureaukraten, den Schiedsspruch anzunehmen, wurde nicht befolgt. Der DMV. will weiter bremsen und erklärt, die Ablehnung bedeute nicht den allgemeinen Streik.

Bauarbeiteraussperrung in ganz Pommern

Stettin, 18. April. Da sich die Bauunternehmer Pommerns weigerten, den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 Prozent vorsah, zu erfüllen, sind die Bauarbeiter in sieben Orten der Provinz Pommern in den Streik getreten. Daraufhin haben die Unternehmer die sofortige Aussperrung aller Bauarbeiter der Provinz Pommern beschlossen.

Neues katastrophales Grubenunglück

Duisburg, 19. April. Am Sonnabendmorgen gegen 9,30 Uhr brach beim Aufhau auf der fünften Sohle der Zeche „Rheinpreußen" Schacht 1 und 2 eine Decke in einer größeren Länge ein, wobei ein Steiger und zwei Arbeiter, die sich in dem Bruche befanden, einschlossen und vollständig von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Durch Klopfsignale verständigte man sich mit den Eingeschlossenen. Einer fast zwölfstündigen Arbeit gelang es, abends gegen 9 Uhr die Eingeschlossenen zu befreien, die unverletzt geborgen werden konnten.

Vollständiger Streik im Kieler Hafen

Kiel, 18. April. Die Angestellten der Hafendampfschiffahrtsgesellschaften haben den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung bis zu 9 Pfennigen vorsieht, abgelehnt und sind in den Streik getreten. Der Kieler Hafen ist dadurch vollkommen stillgelegt.

•

Die neue Sowjetanleihe fünffach überzeichnet

In fünf Tagen wurde die neue 5prozentige Anleihe in Sowjetrußland mehr als fünffach überzeichnet. **Allein in Moskau wurden 30 Millionen Rubel gezeichnet.** Davon wurden 19 Millionen Rubel von Privatpersonen, Arbeitern und Angestellten und 11 Millionen von Banken, Syndikaten, Trusts gezeichnet. Der Andrang der kleinen Zeichner ist ein Beweis für das Vertrauen, das die Massen dem Sowjetstaat entgegenbringen. Die neue Anleihe ist völlig freiwillig, niemand ist zur Zeichnung verpflichtet.

Ueber dieses Ergebnis schweigen sich die bürgerlichen Zeitungen, die von ihren Korrespondenten nur über Hungersnot und Mißernte berichten lassen möchten, vollständig aus.

Die jüngsten Erfolge der Sowjetwirtschaft

Genosse Kamenew hat am 12. April auf der Konferenz der Moskauer Gouvernements über die jüngsten Erfolge der Industrie berichtet. In den fünf ersten Monaten (1. Oktober 1924 bis 1. März 1925) des neuen Wirtschaftsjahres 1924/25 hat die Industrie Waren im Werte von 950 Millionen produziert, was einer 60prozentigen Erhöhung der Produktion im Verhältnis zum Vorjahre entspricht. **Die Steigerung der Industrieproduktion bedeutet die Stärkung des proletarischen Einflusses im Lande. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wächst.** Von besonderer Wichtigkeit ist der Aufschwung der Metallindustrie. Die Produktion nahm in den ersten fünf Monaten des Jahres um 82 Prozent zu. Die weitere Entwicklung wird die weitere Erhöhung des Arbeitslohnes zur Folge haben. Die Löhne im Moskauer Bezirk stehen zwar um 20 Prozent höher als die Löhne im Jahre 1913, **aber dieses Ergebnis genügt noch nicht. Die Löhne müssen so hoch sein, daß die Arbeiterschaft ihre gesteigerten Bedürfnisse befriedigen kann.**

Dresden

Marx an Hindenburg

Vater Hindenburg, verzeih' mir,
Daß ich Kandidate bin.
Nach der Wahl — bei meinem Barte! —
Teilen wir uns den Gewinn.

Du bist mein, und ich bin dein;
Laß mich still mit Seelen schachern,
Dankbar lief're ich die Leiber
Allen großen Weltkriegsmachern.

Slang.

Den sozialdemokratischen Arbeiterwählern ins Stammbuch

Aus sozialdemokratischen Flugschriften „Das Wahlrecht und die Parteien", Berlin 1913, entnehmen wir folgende Stelle:

. . . . . Anders war es mit dem Verhalten des Zentrums. Nach außen hin will das Zentrum — mit Rücksicht auf seine zahlreichen Arbeiterwähler — demokratisch erscheinen. Dazu gehört dann auch eine gewisse Freundschaft für den Wünschen der [illegible] entsprechenden Wahlrecht. Doch diese scheinbare Sympathie für wirkliche Volksrechte wird beim Zentrum durch den innerlich reaktionären und durchaus undemokratischen Charakter der Führer dieser Partei immer wieder übertrumpft. Das zeigt sich trotz aller

jesuitisch, diplomatisch und sophistisch fein abgeschliffenen Parlamentskunst der Zentrumsführer

recht deutlich, wenn man auf die Wahlrechtsdebatten im Reichstage zurückkommt."

Aus einer Rede des Abgeordneten Dr. Ludwig Frank, Mannheim, gehalten in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1909, veröffentlicht in der Broschüre: „Gegen das Zentrum und seine Verbündeten!", Mannheim 1909, entnehmen wir folgende Stellen:

„. . . . Die stärkste Stütze der konservativen Macht ist das Zentrum, das sich gegenüber seinen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Wählern als demokratische Partei aufspielt, in Wahrheit aber bei allen großen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen die aristokratische Klassenherrschaft stärkt.

Die Demokratisierung Deutschlands ist nur möglich durch **unermüdlichen Kampf gegen das Zentrum und seine Verbündeten."**

Aus „Wir und das Zentrum" von Meerfeld. „Die Neue Zeit", theoretische Zeitschrift der SPD., Nr. 49, 4. September 1908.

„Das Zentrum muß für die Sozialdemokratie Rheinland-Westfalens unter allen Umständen bündnisunfähig sein. Ich weiß, daß es zu kuhhandeln versucht oder sich wenigstens den Anschein gegeben hat, als ob es einem Mandatsaustausch nicht abgeneigt sei. Und wie Herr Trimborn, um ihn auch am Schlusse wieder zu nennen, in der Sozialdemokratie den größten und gefährlichsten Feind des Zentrums erblickt, so mögen auch unsere Genossen bei all ihren Handlungen niemals **vergessen, daß wir**

mit dem Zentrum das letzte Ringen zu bestehen haben werden.

Den Elan unserer Sturmangriffe soll niemand durch nutzloses Entgegenkommen abschwächen."

Wir stellen fest, daß 1909 sogar der Revisionist Ludwig Frank den Standpunkt vertreten hat, daß bei einem Bündnis mit dem Zentrum das Proletariat auf alle Fälle verliert, weil dadurch verhindert wird, daß die noch unter dem Einfluß des Zentrums stehenden Arbeiter den reaktionären Charakter des Zentrums erkennen. Das heißt aber, daß diese Arbeiter unter dem Einfluß des reaktionären Pfaffentums bleiben und nicht zur roten Klassenfront stoßen, sondern bei allen wirtschaftlichen Kämpfen ihre Klassengenossen schwächen oder ihnen in den Rücken fallen. Was vor dem Kriege galt, gilt heute in verstärktem Maße. Die Schwächung der roten Front bei Unterstützung eines Zentrumsmannes ist so groß, daß, selbst wenn bei seiner Nichtunterstützung ein anderer Reaktionär gewählt würde, es für die Arbeiterschaft **tausendmal vorteilhafter** ist, unter eigener Fahne aufzutreten und dem reaktionären Pack die Stärke der roten Klassenfront zu zeigen.

Genossinnen — Wahlpropaganda!

Dienstag, den 21. April 1925, abends 7,30 Uhr im Bürgergarten, Löbtau

große Theateraufführung für Frauen.

Die A. B.-Leitung verpflichtet Genossen und Genossinnen, für starken Besuch Sorge zu tragen, und daß jede Genossin mindestens 2 indifferente Frauen mitbringt. Erfüllung der Verpflichtung bedeutet aktive Wahlarbeit.

Genossinnen, Genossen! Weckt die Arbeiterfrauen auf!

Schulgeld bei den städtischen höheren Lehranstalten vom 1. April 1925 an. Das Schulgeld beträgt vom 1. April 1925 an bei den städtischen höheren Unterrichtsanstalten vierteljährlich 30 Rm. für in Dresden wohnende Inländer, 36 Rm. für in Dresden in Pension befindliche Inländer, 39 Rm. für nicht in Dresden in Pension befindliche Inländer, 60 Rm. für Reichsausländer. Die Gebühren für Aufnahme und ordnungsmäßigen Abgang betragen je 10 Rm. für Inländer, 20 Rm. für Ausländer, für außerordentlichen Abgang 8 Rm. bezw. 16 Rm. Das Schulgeld ist vierteljährlich vorauszahlungsweise zu entrichten, doch sind monatliche Teilzahlungen nachgelassen. Für Zahlungen nach dem 20. eines jeden Monats wird ein Zuschlag von monatlich 1 v. H. für den verspätet gezahlten Betrag erhoben. Teilbeträge werden auf 5 bzw. 10 Pf. aufgerundet. Mahnungen erfolgen nicht, vielmehr wird vom 26. eines jeden Monats an das Vollstreckungs- und Ausschulungsverfahren ohne weiteres eingeleitet.

Reichspräsidentenwahl

Hindenburg—Marx

oder der

Rote Kandidat der Werktätigen Thälmann

Oeffentliche Volksversammlungen.

Montag den 20. April 1925:

Dresden-Mickten, abends 7,30, in Wahkes Etablissement. Referent: Genosse Lieberasch, M. d. L., Leipzig.
Großsedlitz, Rosengarten, abends 7,30 Uhr.
Großröhrsdorf, Hotel Hause, abends 7,30 Uhr.

Dienstag den 21. April:

Kaitz: „Grundschlößchen, abends 7,30 Uhr. Referent: Renner, M. d. L.
Heidenau: „Alter Gasthof", abends 7,30 Uhr. Referent: Rädel, M. d. R.
Zittau: abends 7,30 Uhr.
Tharandt: „Albertsalon", abends 7,30 Uhr.

Mittwoch den 22. April:

Cunnersdorf bei Löbau: abends 7,30 Uhr. Referent: Aleit.
Weinböhla: „Zentralgasthof", abends 7,30 Uhr. Referent: Genossin Böhme, Stadtverordnete.
Kirschau: „Gasthof Kronprinz", nachmittags 5 Uhr.
Friedersdorf: „Gasthof", abends 8 Uhr.

Willst du die Reaktion?
dann wähle
Hindenburg — Marx oder sei **Nichtwähler**
Willst du Sozialismus und proletarische Revolution?
dann wähle den
Transportarbeiter Ernst Thälmann

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden Leipzig

Leipzig (Welle 454). — Dresden: (Welle 292).

Montag den 20. April. 4 Uhr nachmittags: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliches, Baumwolle, Devisen. 4,30 Uhr bis 6 Uhr abends: Konzert der Hauskapelle. 6 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen (Wiederholung). 6,15 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen (Fortsetzung) und Mitteilung des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. 7—7,30 Uhr abends: Vortrag: Kurt Nestler: „Die deutsche Pelzveredlung einst und jetzt". 7,30—8 Uhr abends: Vortrag: Martin Kunath, Altenburg: „Der Traum in literarischer Gestaltung", im Saale der alten Handelsbörse, Naschmarkt 2. 8,15 Uhr abends: „Don Pasquale", Komische Oper in 3 Akten, von Donizetti. Bearbeitung von Wilhelm Kleefeld. Dirigent: Alfred Szendrei. Personen: Don Pasquale, ein alter Junggeselle, altmodisch, geizig, leichtgläubig, eigensinnig, im Grunde ein guter Kerl (Reinhold Gerhardt); Doktor Malatesta, Arzt, ein findiger Kopf, zu allen Scherzen gern aufgelegt, unternehmungslustig (Ernst Possony); Ernesto, intimer Freund von dem Neffen des Don Pasquale (Paul Reinecke von der Hamburger Oper); Norina, glücklicher Liebhaber von einer jungen Witwe, sprunghaftes Naturell, unfähig, Widerspruch zu ertragen, aber aufrichtig und gefühlvoll (Maria Holzapfel), von der Magdeburger Oper); ein Notar (Osk. Lehrens). Die Handlung spielt in Rom des 18. Jahrhunderts. Chor: Leipziger Oratorien-Vereinigung. Orchester: Leipziger Sinfonie-Orchester. Anschließend (etwa 10,45 Uhr) Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Dienstag, 21. April. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 6 Uhr: Dasselbe: Wiederholung. 6,15 Uhr: Dasselbe, Fortsetzung und Mitteilung des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. — Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4,30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. 6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortrag Hugo Müller: „Die Abstammung des Haushuhns." 7,30—8 Uhr: Vortrag Dr. Alfred Lehmann: „Die Anfänge des literarischen Schaffens". 8,15 Uhr: Militärkonzert des 3. Batl. 11. (Sächs.) Inf.-Regiments Leipzig. Leitung: Obermusikmeister Vier. 1. Nicolai: Ouvertüre „Die lustigen Weiber von Windsor". 2. Verdi: Fantasie aus der Oper „La Traviata". 3. Kohlmann: Studentenlieder-Potpourri. 4. Joh. Strauß: Bei uns zuhaus, Walzer. 5. Fucik: Regimentskinder, Marsch. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. 10—11,30 Uhr: Funkbrettl. Mitwirkende: Andreas Irion (Lieder zur Laute), Martina Otto (Rezitationen), Karl Keßler (Rezitationen) und die Rundfunkhauskapelle.

Wochenspielplan der Sächsischen Staatstheater.

Opernhaus. Montag 20. April Anrechtsreihe A: „Siegfried", 5,30 bis nach 10 Uhr. Dienstag 21. April Anrechtsreihe A: „Abu Hassan", „Coppelia", 7,30—9,15 Uhr. Mittwoch 22. April außer Anrecht: „Götterdämmerung", 5—10 Uhr. Donnerstag 23. April Voraufführung des 6. Sinfoniekonzertes Reihe B, 7,30 Uhr. Freitag 24. April 6. Sinfoniekonzert Reihe B, 7,30 Uhr. Sonnabend 25. April außer Anrecht: „Das Liebesband der Marchesa", 7 bis nach 10 Uhr. Sonntag 26. April außer Anrecht: „Othello", 7 bis nach 10 Uhr. Montag 27. April Anrechtsreihe B: „Idomeneus", 7,30 bis nach 10 Uhr.

Schauspielhaus. Montag 20. April Anrechtsreihe A: „Maria Magdalene", 7,30—10,15 Uhr. Dienstag 21. April Anrechtsreihe A: „Götz von Berlichingen", 7 bis nach 11 Uhr. Mittwoch 22. April Anrechtsreihe A: „Fuhrmann Henschel", 7,30 bis nach 10 Uhr. Donnerstag 23. April außer Anrecht: Neu einstudiert: „Wie es euch gefällt", 7,30—10,15 Uhr. Freitag 24. April Anrechtsreihe A: „Wie es euch gefällt", 7,30—10,15. Sonnabend 25. April Anrechtsreihe A: „Medea", 7,30—10 Uhr. Sonntag 26. April: Außer Anrecht: „Der Weg nach Dover", 7,30—10,15 Uhr. 1,30 Uhr für den Verein Dresdner Volksbühne: „Maria Magdalene" (kein öffentlicher Kartenverkauf). Montag 27. April Anrechtsreihe B: „Wie es euch gefällt", 7,30—10,15 Uhr.

Spielplan des Residenztheaters. Vom 20. April bis mit 27. April täglich abends 7,30 Uhr: „Gräfin Mariza". Sonnabend 25. April abends 7,30 Uhr: Zum 125. Male: „Gräfin Mariza", nachm. 3,30 Uhr: „Dolly", kleine Preise.

J. A. H.!

Betriebsräte, Distriktsleiter! Soermus-Konzert-Eintrittskarten abholen Güterbahnhofstraße 24. Konzerte finden statt: 8. Mai „Reichskrone", 11. Mai „Volkshaus Striesen", 12. Mai „Konstantia", Cotta, Hamburger Str.

Die Leitung der J. A. H.

Ostsachsen

Maikarten

Die Ortsgruppen werden aufgefordert, ihren Bedarf an Maikarten bei der Bezirksleitung zu melden. B.-L.

Kommunisten dulden keine Heuchelei

Schmiedeberg. In dem am 9. April in der Freitaler Volkszeitung erschienenen Bericht über die Gemeindeverordnetensitzung in Schmiedeberg haben die linken SPD.-Demagogen ihren Lesern die Wahrheit unterschlagen.

Sie schreiben: „Gemeindeältester Zscherne SPD. nahm Anlaß, dem Bürgermeister zum Abschluß seiner zehnjährigen Tätigkeit in unserer Gemeinde die Anerkennung des Kollegiums durch Aufstehen von den Plätzen zum Ausdruck zu bringen. Das geschieht mit Ausnahme der Kommunisten, die auch bei dieser Gelegenheit agitatorisch glänzen wollen. Vielen ist bekannt, daß in dieser zehnjährigen Tätigkeit Jahre des Krieges liegen, die durchaus nicht anerkannt werden können, wo Frauen von Frontsoldaten gezwungen wurden, unter Drohung, daß ihnen die Unterstützung entzogen werde, für den Kriegsbedarf zu arbeiten. Und deshalb hat es die Kommunistische Fraktion abgelehnt, sich daran zu beteiligen, dem Bürgermeister öffentlich zu huldigen und ihm Geschenke zu überreichen. Die SPD.-Fraktion im Verein mit den Bürgerlichen macht solche Geschichten. Das Urteil darüber zu fällen, ob solche Handlungen richtig sind, überlassen wir den Arbeitern selbst.

Wie die Bourgoisie die Wohnungsnot bekämpft

Die bürgerliche Presse meldet:

Plauen, 16. April. Auf dem Gelände des hiesigen Schützenfestplatzes wird eine große Festhalle errichtet, die am Himmelfahrtsfeste der Allgemeinheit übergeben werden soll. An diesem Tage findet hier eine Zusammenkunft der dem Vogtländischen Sängerbunde angehörenden Vereine statt, um die Proben für das in Dresden stattfindende Sängerfest durchzuführen. Mit dem Bau der Halle wird einem schon seit Jahren bestehenden dringend enPedürfnis abgeholfen.

Die unerhörte Frechheit, mit der die Bourgeoisie ihre Paraden auf Kosten der Gesamtbevölkerung vorbereitet, beweist, daß die Arbeiterschaft nicht mit der nötigen Entschlossenheit diesen Verschwendern am Volkseigentum entgegentritt. Statt Wohnungsbauten durchzuführen, baut man „Festhallen". Wollen die Arbeiter noch immer warten mit dem „Aufspielen"?

Pirna

Hindenburg oder Marx?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In einer Betrachtung zur Reichspräsidentenwahl nimmt der Anzeiger Nr. 2 auf der Gartenstraße zur Osterbetrachtung über den gleichen Stoff des Pirnaer alten Anzeigers Stellung.

Nr. 2 ist der Meinung, daß die Osterbetrachtung der Langen Straße im Stile eines Schulbubenaufsatzes geschrieben sei. Das ist an sich richtig, und die königliche Volkszeitung scheint der Meinung zu sein, daß diese Art die beste ist, denn ihr Artikler versuchte sich genau in demselben Stile.

Beide aber, das muß hervorgehoben werden, schreiben so in der Angst, die Schiebung könnte schief gehen.

Nur ist bei einem von beiden die Flankerei weit gefährlicher. Der Lange-Straßen-Mann ist bekannt als ein Diener der kapitalistischen und monarchistischen Gesellschaftsordnung. Kein Arbeiter und kleiner Gewerbetreibender fällt auf seinen Schwindel herein. Aber nach unserer Meinung haben diese Leutchen eine gute Nase gehabt, sie haben den, na, sagen wir, weitläufigen Verwandten der Sozialdemokratie, Hindenburg, gewählt, um den Sozialdemokraten viele ihrer engeren Freundschaft dem Hindenburg-Cousin zuzuführen.

„Ich gehe zu Hindenburg!" sagten die Größen der SPD. 1914 bis 1919.

Und darum ist es notwendig, vor allem die Arbeiter mit einem weit besseren Aufsatz aus derselben Schule zu bestunkern, ihnen die sozialdemokratische Kuhhandelei schmackhaft zu machen, ihnen zu beweisen, daß der Pfaffe Marx ein aufrichtiger Freund der Arbeiter, der kleinen Leute und sonst wessen ist. Aus allem aber klingt doch die Furcht, daß ihr früherer Hymnus auf Hindenburg ihnen ihr Braun-Geschäft verderben könnte.

Für uns und für die gesamte Arbeiterschaft dürfte es in diesem Wahlgang nicht schwer sein, zu entscheiden. Für sie kommen beide Freunde der Sozialdemokratie nicht in Frage.

Hindenburg und Marx gehören zu den Vertretern des schwarz-weiß-roten Kapitals. Die Arbeiter und Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Händler gehören zu den Kleinen, und die Kleinen sammeln sich um das rote Banner. Der rote Kandidat ist

Ernst Thälmann.

Sozialdemokratische Kirchenfreunde

Pirna. Der frühere Klempner Gottwald, jetziger Wohlfahrtsschutzmann, ist Stadtverordneter der Sozialdemokratischen Partei, und als Sozialdemokrat bei der letzten Elternratswahl als Vertreter der weltlichen Schule gewählt worden.

Zu Ostern wurde eine Tochter von ihm aus der Schule entlassen und stehe da; als weltlicher Vater übergab er seine Tochter der Kirche und ließ sie konfirmieren.

Der Freidenkerverein beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit dem Ausschluß Gottwalds aus dem proletarischen Freidenkerverein. Einstimmig wurde dem stattgegeben. Aber gleich nach der Abstimmung bekamen die Mitglieder Gewissensbisse und wollten doch erst einmal Gottwald hören, was ihn dazu bewogen habe. In der Vorstandssitzung war G. schon nicht erschienen, die sich mit ihm beschäftigen wollte.

Wir stellen solche Charakterzüge einfach fest und überlassen unseren Lesern das Urteil, sowie die Nutzanwendung in der Agitation.

Die Verbündeten des Zentrums und der katholischen Pfaffen können bald nicht anders.

Großbrände

Riesa an der Elbe, 16. April. In der Nacht zum Mittwoch brach in den Tonwerken von Jakobsthal Feuer aus, dem die Betriebsräume völlig zum Opfer fielen. Die Löschungsarbeiten wurden durch Wassermangel erschwert.

Glauchau, 16. April. (Großfeuer.) In der Nacht zum Mittwoch entstand in der Scheune des Gutsbesitzers und Gemeindevorstandes Petzold in Garbisdorf ein Großfeuer, dem Scheune und Stall zum Opfer fielen. Das bedeutet einen Schaden von etwa 80 000 Mark. Man vermutet, daß Brandstiftung vorliegt, da das Feuer gerade an der am stärksten gefüllten Stelle der Scheune ausbrach.

Auma, 16. April. (Großfeuer.) Hier geriet eine zehn Scheunen umfassende Häuserreihe in Brand und wurde mit allen darin aufbewahrten Vorräten und landwirtschaftlichen Maschinen eingeäschert. Es wird Brandstiftung vermutet.

Freiberg, 16. April. Ein großes Schadenfeuer brach am Dienstag abend kurz nach 10 Uhr in der Stuhlfabrik von Fink in der Brauderstraße aus. In kurzer Zeit stand das Fabrikgebäude in Flammen. Sämtliche Werkstätten und Lagerräume, meist Fachwerkbau, Stallung und Wagenschuppen wurden bis auf die Umfassungsmauern vernichtet. In den Lagerräumen befanden sich für etwa 20 000 Mark fertige Waren, die sämtlich verbrannten. Außerdem fielen dem Feuer noch ein Pferd, eine Ziege und etwa 20 Hühner zum Opfer. Es wird Brandstiftung vermutet.

Aus Betrieben und Werken

1. Jahrgang — Montag den 20. April 1925 — „Arbeiterstimme" Nr. 16

Achtstundentag

Keine Minute länger, das ist der Normalarbeitstag.

Fordert von den Gewerkschaftsführern die Einlösung ihrer Wahlversprechen.

Fordert von ihnen den Kampf um den Achtstundentag.

Nicht Washington, sondern ausnahmsloser Achtstundentag

Das ist die Forderung der Arbeiterschaft.

Der sozialdemokratische Arbeiterratsvorsitzende Zeuschner vom Seck-Werk, Schmiedeberg, „ordnet die 53stündige Arbeitswoche an"!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Kollegen, kämpft für die Erhaltung des Achtstundentages, so kann man alle Tage in Gewerkschafts- und SPD.-Zeitungen lesen. Wie der Kampf geführt wird, zeigt folgender Fall. Der SPD.-Betriebsrat der Firma Mühlenbau-Anstalt v. Gebr. Seck, Schmiedeberg, sah sich veranlaßt, auf Grund verschiedener Tarif- und Schiedsspruchs-Angelegenheiten eine Betriebsversammlung einzuberufen. Nachdem das schändliche Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen in der Metallindustrie bekanntgegeben war, herrschte ein allgemeines tiefes Schweigen. Keiner von den Seck-Arbeitern wagte zunächst zu diesem Bericht offen Stellung zu nehmen. Darauf lebhafte Beschwerde des Betriebsrats-Vorsitzenden Zeuschner, dem dieses Schweigen selbst zu unheimlich wurde. Flauheit und Interessenlosigkeit sei es, die von den Kollegen in diesen wichtigen Fragen an den Tag gelegt würde. Der saubere Herr Zeuschner übersieht nur, daß er es gewesen ist, der den Arbeitern des Sackwerkes diese Faulheit selbst beigebracht hat. Kollegen, seht euch vor, sonst seid ihr selbst schuld, wenn der eine oder der andere fliegt. Und das sagte Zeuschner zu einer Zeit, als die Direktion daran ging, den Betrieb von „allen unproduktiven Kräften" zu entlasten.

Nachdem sich kein Kollege rührt, gibt Zeuschner weiter bekannt, daß ab Montag die Arbeitszeit auf 53 Stunden erhöht wird.

Noch immer rührt sich kein Kollege. Nun tritt der Bevollmächtigte des D. M. V., ein SPD.-Mann erster Güte, auf den Plan, wirft sich in die Brust und fragt verwundert, ob denn die Kollegen das alles so ruhig hinnehmen wollen?

Endlich kommt eine Anfrage: Warum die Gewerkschaft nicht die Parole herausgegeben habe, in tarifloser Zeit jede Ueberstunde zu verweigern.

Darauf antwortet ein Mitglied des Betriebsrates, das sei unmöglich, weil in vielen Betrieben nur 30 Prozent der Arbeiter organisiert seien. Nachdem noch einige Kollegen für die Ablehnung der verlängerten Arbeitszeit gesprochen haben, verlangt die Versammlung Abstimmung über diese Frage.

Der Betriebsrat findet das nicht für zweckmäßig und die Abstimmung erfolgt nicht.

Darauf schimpfte das SPD.-Betriebsratsmitglied Kupke noch einmal mächtig auf das gesamte nationale und internationale Unternehmertum und schloß mit den Worten: Kollegen, mehr Mumm tut not, — mehr Mumm! Am Sonnabend kam der Anschlag der Direktion, ab Montag 53 Stunden zu arbeiten. Am Montag wurde unter Murren 9 Stunden gearbeitet, am Dienstag jedoch faßte sich die Arbeiterschaft Mut. Einige Abteilungen verließen nach 8 Stunden die Fabrik, vier Kollegen einer Abteilung wurden sofort entlassen. Den Vertrauensleuten zweier Abteilungen wurde mit Entlassung gedroht.

Direktor Schaller lehnte Verhandlungen mit dem Betriebsrat ab mit der Begründung, daß er den Betriebsrat wegen diesem Vorkommnis nicht mehr als Vertretung der Belegschaft anerkennen könne. Darauf lange Verhandlungen des Arbeiterrates, schließlich wurde das Verhandlungsergebnis bekannt gegeben. Man höre: **„Der Vorsitzende Zeuschner hatte ohne Kenntnis des Arbeiterrates ein Protokoll unterzeichnet und damit die 53-Stunden-Woche anerkannt!"** Nunmehr müßte, wenn die Kollegen auf die achtstündige Arbeitszeit bestehen würden, der Arbeiterrat zurücktreten.

Die Belegschaft **verlangte eine Betriebsversammlung.** Auch das lehnte Zeuschner ganz entschieden ab. **Grahl, der jetzige Bevollmächtigte des D. M. V. und Mitglied des Betriebsrates, hat sich um diese Sache gar nicht gekümmert.** Die Kollegen, die in der Betriebsversammlung scharf gemacht wurden, standen nunmehr sich selbst überlassen. Um nun diesem ganz gemeinen Verrat die Krone aufzusetzen, kam ein neuer Anschlag des Arbeiterrates heraus:

„Nach Vereinbarung mit der Direktion werden morgen die vier entlassenen Kollegen wieder eingestellt.

Der Arbeiterrat ordnet an, daß morgen und Donnerstag bis 5 Uhr gearbeitet wird."

Der Arbeiterrat (gez. Zeuschner).

Die Arbeiter der Firma Seck-Werke in Schmiedeberg sollten nun endlich einmal auch an diesem neuesten Glanzstück der SPD.-Helden erkennen, **daß diese Leute mit ihrer Kommunistenhetze nur ihren eigenen feigen und gemeinen Verrat verdecken wollen.** Gebt dieser Gesellschaft auch am 26. April durch die Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels die Antwort, die ihnen gehört.

Das Rückwärts in der Sozialversicherung

Von Kurt Gäbler, Meißen.

Vom Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Gau Sachsen, wird uns geschrieben:

Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

So lautet der Artikel 161 der Reichsverfassung, welche am 11. August 1919 von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen wurde. Fünf Jahre sind ins Land gegangen, ohne daß von den maßgebenden Instanzen versucht worden wäre, die Reichsverfassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Daraus geht klipp und klar hervor, **daß die Reichsverfassung weiter nichts bedeutet wie Schall und Rauch.** Unzählige Male hätte man bei Abänderungen in der Sozialversicherung die Gelegenheit gehabt, **den Artikel 161 der Weimarer Verfassung in die Tat umzusetzen, aber nichts von alledem.**

Auch jetzt liegt wiederum dem Reichstag ein Entwurf eines zweiten Gesetzes über Aenderung in der Unfallversicherung vor, **welcher nicht weniger als wie 140 Artikel umfaßt.** Trotz dieser **Unmenge von Paragraphen bringt dieser Entwurf keine Verbesserung der bestehenden Renten, sondern gewaltige Verschlechterungen.** Von einem Mitbestimmungsrecht der Versicherten ist gleich gar nicht zu reden. **Das Unternehmertum bleibt nach wie vor nach dieser Regierungsvorlage auch weiterhin unumschränkter Herrscher in der Unfallversicherung.**

Der dem Reichstag vorliegende Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, welcher in unerhörter Weise die Unfallrentner schröpfen will, verdient im wesentlichsten der Arbeiterklasse bekannt gemacht zu werden. Das Reichsarbeitsministerium versucht in dieser Vorlage, die in den letzten Jahren getätigte **Gelegenheitsgesetzgebung** wiederum nach den Grundlagen der früheren Rentenberechnung vorzunehmen. Daß die heutigen gesetzlichen Bestimmungen über die Festsetzungen der Renten dringend reformbedürftig sind, wird niemand bestreiten wollen, aber wie dies von seitens des Reichsarbeitsministeriums geschehen soll, **fordert den schärfsten Protest der Unfallrentner und darüber hinaus der gesamten Arbeiterklasse heraus.**

Nach Artikel 5 Paragraph 599 a sollen die Renten unter 20 Prozent Erwerbsunfähigkeit ohne weiteres in Wegfall kommen. Dies bedeutet erstens einmal, daß von den **900 000 laufenden Unfallrenten in Deutschland mindestens ein Drittel aus den Annalen der Berufsgenossenschaften gestrichen würden,** und zweitens: daß eine allgemeine **Rentenquetsche einsetzen würde, um die Renten darüber hinaus, von 25 und 30 Prozent Erwerbsunfähigkeit ebenfalls noch außer Kurs zu setzen.** Des weiteren sollen die Renten bis zu 50 Prozent nur noch nach dem halben Jahresarbeitsverdienst berechnet werden. **Es würde jedem Rechtsempfinden Hohn sprechen, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte.** In der früheren Zeit, das heißt vor der Schaffung der Reichsunfallversicherung, hatte der verunglückte Arbeiter das Recht, seinen Arbeitgeber auf Grund des Haftpflichtgesetzes ihn für den vollen Schaden verantwortlich zu machen. Durch die reichsgesetzliche Unfallversicherung im Jahre 188[illegible] wurde der Unfallschaden dem Versicherten nur noch mit zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes erstattet. Nach der neuen Vorlage soll der verunglückte Arbeiter nur noch die Hälfte des Schadens ersetzt bekommen. **Und es wird nicht mehr lange dauern, ist das Lischen Sozialversicherung vollständig verschwunden, da ja nach Aussage der sozialen Reaktion die deutsche Wirtschaft keine Zahlung mehr auf diesem Gebiete tätigen könne.**

Wahrlich das Reichsarbeitsministerium ist ein würdiger Vertreter unserer Arbeitgeber.

Den Schwerverletzten, also denjenigen, die 50 und mehr Prozent erwerbsunfähig sind, soll der Schaden mit 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes vergütet werden und darüber hinaus soll selbiger für jedes uneheliche Kind eine Kinderzulage erhalten, welche 10 Prozent der Rente betragen soll. Wenn auch die Einführung der Kinderzulagen nach dem Regierungsentwurf zu begrüßen ist, so muß sich aber die gesamte Arbeiterklasse ganz energisch dagegen wenden, daß dieselbe auf Kosten der Unfallverletzten selbst (Auserkraftsetzung der Zwergrenten) eingeführt werden soll. **Das Unternehmertum hat einzig und allein bei Einführung der Kinderzulagen für die entstehenden Unkosten aufzukommen.**

Für das Unternehmertum bedeutet diese Regierungsvorlage immer noch ein glänzendes Geschäft, trotz der Einführung der Kinderzulagen und Berufsfürsorge, welche ebenfalls neu eingeführt werden soll. Die Ersparnisse betragen jährlich mindestens 25 bis 30 Millionen Mark. Die heutige finanzielle Belastung beträgt bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften **rund 67 Millionen Reichsmark,** bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften **rund 30 Millionen Reichsmark.** Zusammen **97 Millionen Reichsmark.** Nach der **neuen Regierungsvorlage** würden die Ausgaben wie folgt sein:

bei gewerblichen Berufsgenossenschaften:

für Renten von				
20—33⅓ Proz.	107 300 mal	128,40 RM.	gleich	13,777 RM.
33⅓—50 Proz.	37 100 mal	199,02 RM.	gleich	7,384 RM.
50 Proz. u. mehr	55 600 mal	494,34 RM.	gleich	27,485 RM.
Kinderzulage:				
	2 mal 55 600 mal	49,41 RM.	gleich	5,498 RM.
für Hinterbliebenenrenten	95 000 mal	214,00 RM.	gleich	20,330 RM.
				74,474 RM.

bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

für Renten von				
20—33⅓ Proz.	96 500 mal	79,20 RM.	gleich	7,643 RM.
33⅓—50 Proz.	33 400 mal	122,76 RM.	gleich	4,100 RM.
50 Proz. u. mehr	50 100 mal	304,92 RM.	gleich	15,276 RM.
Kinderzulage:				
	2 mal 50 100 mal	30,50 RM.	gleich	3,056 RM.
benenrenten	30 000 mal	132,00 RM.	gleich	3,960 RM.
				34,035 RM.

Gesamtsumme: 74,474 RM.
34,035 RM.
108,509 RM.

Dies bedeutete eine Mehrausgabe der Berufsgenossenschaften von **rund 11 Millionen Reichsmark. Geht man aber von den Zahlen des Jahres 1924 aus, wo die Gesamtbelastung 143,19 Millionen Mark betrug, so bleibt immer noch das nette Sümmchen von rund 35 Millionen Reichsmark als Ersparnis in den Taschen der Unternehmer.** Das Reichsarbeitsministerium kommt somit den Arbeitgebern immer noch außerordentlich entgegen, trotz der angeführten Erneuerung.

Wie schon angeführt, beabsichtigt der Entwurf die Einführung der Berufsfürsorge, und zwar soll dieselbe umfassen:

1. berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, insoweit der Verletzte durch den Unfall in der Ausübung seines Berufes, der ihm billigerweise zugemutet werden kann, wesentlich beeinträchtigt ist, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf.
2. Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle.

Wenn auch die Berufsfürsorge an und für sich zu begrüßen ist, so hat sich aber dennoch die gesamte Arbeiterklasse dagegen zu wenden, **da dieselbe nur einseitig von den Berufsgenossenschaften ausgeführt wird.** Die hier festgelegte Berufsfürsorge würde nur zur schikanösen Behandlung der Rentenempfänger und zur Rentenkürzung selbst führen.

Die Berufsfürsorge kann nur dann unterstützt werden, wenn der Arbeiterklasse **das weitgehendste Mitbestimmungsrecht auf diesem Gebiete eingeräumt wird.**

Und nun zur Entschädigung der Altunfallverletzten selbst. Das sind all diejenigen, deren Unfall sich vor dem 1. Januar 1921 ereignet hat. Hier sieht die Vorlage wie folgt aus:

Wenn sich der Unfall ereignet hat in den Jahren:

1885 bis 1890	1,50 RM.
1891 bis 1895	1,45 RM.
1896 bis 1897	1,35 RM.
1898 bis 1899	1,25 RM.
1900 bis 1904	1,15 RM.
1905 bis 1906	1,05 RM.
1907 bis 1909	1,00 RM.
1910 bis 1914	0,90 RM.
1915	0,80 RM.
1916	0,70 RM.
1917	0,60 RM.
1918	0,45 RM.
1919	0,30 RM.
im 1. Vierteljahr 1926	0,25 RM.
im 2. Vierteljahr 1926	0,25 RM.
im 3. Vierteljahr 1926	0,15 RM.
im 4. Vierteljahr 1926	0,10 RM.

Diese Tabelle, welche nicht weniger wie 17 Klassen aufweist, einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden, da sie ganz bedeutende Härten aufweist. Es kommt letzten Endes nicht darauf an, in welchem Jahrgang der Unfall eingetreten ist, sondern es kommt nur darauf an, **wie hoch ist die Erwerbsunfähigkeit des Verunglückten, und demzufolge hat die Rentenfestsetzung nach dem tatsächlich gewesenen Jahresarbeitsverdienst zu erfolgen. Also, die hier vorgesehene Klassifizierung muß auf alle Fälle verschwinden.** Zu gleicher Zeit hat die Differenzierung zwischen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu verschwinden. **Es muß eine einheitliche Unfallversicherung durchgeführt werden.**

Viel zweckmäßiger ist es, statt Abbau der Zwergrenten, Aufwertung und statt dessen, daß die Rentenberechnung der Altrentner nach 17 Klassen geschehen soll, die Renten nach folgender Grundlage zu berechnen:

Für Unfälle, die sich vor dem 1. Juli 1924 ereignet haben, ist der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst gleichartig Versicherter vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925 zugrunde zu legen.

Es würde zu weit führen, wollte man auf all die Dinge, welche noch im Entwurf enthalten sind, eingehen. Aber schon aus dem wenigen geht hervor, daß sich die gesamte Arbeiterklasse ganz energisch gegen diese Verschlechterung auf dem Gebiete der Unfallversicherung zu wenden hat. Denn gerade in der letzten Zeit hat Moloch Kapital unerhörte Opfer gefordert. Und es ist Aufgabe der Kapitalisten, den erlittenen Schaden so zu ersetzen, wie die Ruhrindustriellen ihre angeblichen Verluste im Ruhrkampf mit 715 Millionen Goldmark ersetzt bekommen haben.

Arbeiter, Arbeiterinnen, so sieht der Regierungsentwurf, welcher unter der Leitung des Zentrümlers Brauns ausgearbeitet worden ist, aus. Wo bleibt hier die vielgerühmte soziale Einstellung des Zentrums, welche jetzt während der Reichspräsidentenwahl in allen Tönen auch von der SPD. angepriesen wird. Gebt dem Zentrum am 26. April auf diesen Regierungsentwurf, welcher jedem Rechtsempfinden Hohn spricht, die nötige Antwort und wählt nur den

roten Arbeiterpräsidenten
Transportarbeiter Thälmann.

Jeder Kommunist im Betriebe

hat ein Interesse an der Ausgestaltung des Betriebsteiles der

„Arbeiterstimme"

Tausende von Betrieben gibt es in Dresden und Ostsachsen. Täglich ereignet sich etwas in jedem Betriebe. Rücksichtslos steigert jetzt das Unternehmertum die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Mit aller Brutalität schlägt man jede freiheitliche Regung im Betriebe nieder.

Die Arbeiter müssen sich selber helfen

Sie müssen über alle Vorkommnisse im Betriebe an die „Arbeiterstimme" berichten; auch über kleine, scheinbar unbedeutende Begebenheiten. Sie sind mitunter von weittragender Bedeutung. Die breiten Schichten der Oeffentlichkeit müssen von dem Leben der Arbeiter unterrichtet werden. Sendet deshalb Berichte aus den Betrieben; ihr werbt damit gleichzeitig

Leser für die „Arbeiterstimme"

Nochmals der Kampf bei Lasch & Co.

Wie die Gewerkschaften den Kampf um den Achtstundentag führen.

Von unserem Gewährsmann wird uns geschrieben:

Die Dresdner Volkszeitung versuchte, uns der falschen Berichterstattung über diesen Kampf zu bezichtigen, weil die Gewerkschaftsführer zwar zur ersten Streikversammlung ihr Erscheinen zugesagt hatten, aber nicht erschienen waren. Wir stellen nochmals fest, daß unsere erste Behauptung richtig war, daß die Vertreter sowohl der Metallarbeiter wie auch der Holzarbeiter in dieser Sitzung nicht erschienen wären. Seit 2. Osterfeiertag nun kann man beobachten, wie ernst es den Bürokraten um den Kampf um den Achtstundentag ist. Seit 3. Feiertag arbeiten in dem Betrieb zirka 220 Metallarbeiter, wohingegen noch ungefähr 100 Holzarbeiter im Kampf um den Achtstundentag stehen. So ungefähr verraten die Bürokraten den Kampf der Arbeiter, um dann auch die Arbeiter zur Wahl eines reaktionären Reichspräsidenten ködern zu können. Arbeiter, lernt aus diesem Beispiel, erobert die Gewerkschaften und macht sie wieder (entgegen dem Willen der Bürokraten) zu Instrumenten des Klassenkampfes.

Aus der „Giftbude in Wurgwitz"

Wir mußten uns schon einmal mit den geradezu skandalösen Zuständen bei der Firma Schütz u. Franke, Chemische Fabrik in Wurgwitz, beschäftigen. Die damals im „Volksblatt" erschienene Notiz hat wenigstens insoweit Erfolg gehabt, als die Arbeitszeit auf 8 Stunden verkürzt worden ist. An eine tarifmäßige Bezahlung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen denkt jedoch dieser raffinierte Ausbeuter immer noch nicht. Er bezahlt den Arbeiterinnen 25 Pfg. für die gesundheitsschädliche Arbeit in dieser Giftbude. Wer damit nicht zufrieden ist, kann ja gehen. Aus der Not der Arbeiterfrauen will dieser in Wurgwitz und Nieder-Hermsdorf bekannte Reaktionär Profite schinden. Es ist höchste Zeit, daß sich auch die Wurgwitzer Einwohner einmal ganz ernsthaft mit dieser Giftbude und ihrem Inhaber beschäftigen und die dort beschäftigten Arbeiter im Kampfe gegen ihren Ausbeuter unterstützen.

Deutscher Baugewerksbund

Sektion der Kalk- und Ziegelträger.

Freitag den 24. April, nachmittags punkt 5,30 Uhr Versammlung im Volkshaus, Saal 1, Schützenplatz 20. Tagesordnung: Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Sektionsleitung.

Achtung! Textilarbeiter!

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat für seine Mitglieder in

Pirna

eine **Auskunftsstelle im Pirnaer Volkshaus** errichtet. **Auskunftserteilung jeden Sonnabend von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr.**

Demonstriert am 1. Mai für die Gewerkschaftseinheit

Heraus zu Massenkundgebungen

Der Welt-Feiertag der Arbeit muß in diesem Jahre in Deutschland Antwort geben auf die erste allgemeine Wahl des Bourgeoisie-Präsidenten der kapitalistischen Republik, muß Antwort geben auf die ungeheuerliche Provokation der Hindenburg-Kandidatur der Weißgardisten, der Pfaffenkandidatur der schwarzrotgoldenen Bourgeoisie und ihrer Agenten, er soll Antwort geben der Bürgerblock-Regierung des Steuerraubs, der Massenarbeitslosigkeit, der neuen Teuerung und der Verschacherung Deutschlands an den Weltimperialismus.

Die Maifeier 1925 soll das flammende Bekenntnis der Millionen sein, die den

Klassenkampf

wollen, die antreten zur Rückeroberung des

Acht-Stundentages,

die den Arbeitermord auf Gruben und Werken verhindern, das kapitalistische Mordsystem der Akkordhetze brechen wollen, die um menschenwürdigen Lohn kämpfen, die politische Freiheit ertrotzen, die Amnestie durchsetzen, die Luther-Regierung verjagen, die Rote Front, die Arbeiterherrschaft aufrichten und das Bündnis mit der Sowjet-Union herstellen wollen.

Statt den 1. Mai mit völliger Arbeitsruhe zu einem Schlag gegen die großkapitalistische Reaktion zu machen, versucht der ADGB. bewußt deren Abschwächung! Kläglich und schwächlich stammelt er in seinem Aufruf:

„Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist örtlich zu prüfen und zu entscheiden."

Ausdrücklich fügt er Anweisungen für den Fall hinzu, „wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß". Das ist eine der infamen Kapitulationen der ADGB.-Bureaukratie, wie sie feige, schmählich und erbärmlich nun schon Monat für Monat, Jahr für Jahr einander folgen. Sie bedeutet die höfliche Einladung an die Unternehmer, die Arbeitszeit mit der Androhung „ernster Schädigung der Beteiligten" zu verbieten. Setzt diesem Verrat in Permanenz einen Damm entgegen!

In den Bergwerken und Fabriken, auf Baustellen und Werften, in allen Schreibstuben und auf allen Arbeitsplätzen faßt einmütig Beschlüsse für völlige Arbeitsruhe am 1. Mai, für Wiederaufnahme des Kampfes zur Rückeroberung des Acht-Stundentages, für die Veranstaltung gewaltiger Massendemonstrationen der gesamten Arbeiterschaft.

Zweimal schon in diesem Jahre hat euch die ADGB.-Bureaukratie glänzende Kampfmöglichkeiten um den Acht-Stundentag und gegen den Bürgerblock entrissen. Am 1. März gelang es ihr, die Bildung des Dreibundes der Bergarbeiter, Eisenbahner und Metallarbeiter an Rhein, Ruhr und Wasserkante durch Schlichtungsverfahren und Schiedsspruchschwindel zu verhindern. Und erneut zum 1. April zerfetzte die ADGB.-Bureaukratie die Bewegung um den Acht-Stundentag, die dem auf diese Kampflosung wartenden deutschen Proletariat in die Hand gegeben war, durch die Möglichkeit der Zusammenfassung der Kämpfe der Berliner Großbetriebe, der sächsischen und mitteldeutschen, der Bielefelder und Kasseler Metallarbeiter, der Gemeindearbeiter des ganzen Reiches und des Chemie-Proletariats der wichtigsten Industriebezirke. Indem sie die Zusammenfassung dieser Kämpfe bewußt verhinderte, und inzwischen die Eisenbahnerteilkämpfe sich ebenfalls zersplittern ließ und um 3 Pfg. schmachvoll verriet, krönte die ADGB.-Bureaukratie alle ihre bisherigen Handlangerdienste für die Bourgeoisie. Durch die Verhinderung der Kämpfe am 1. März und 1. April rettete der ADGB. den Bürgerblock.

Das sind die Spalter der Arbeiterbewegung, das sind die Zerstörer der Einheit, die an diesen beiden Stichtagen für einheitliche gewaltige Massenkämpfe um den Acht-Stundentag und gegen die Bürgerblock-Reaktion an nichts anderes dachten, als krampfhaft und mit allen Mitteln jede Bewegung für sich örtlich und beruflich strengstens zu isolieren. Sie zersetzen den Kampfgeist, zerschlagen die Kampffront, zerrütten den Einheitswillen, lähmen das Kraftbewußtsein des Proletariats — und dann machen sie Schlichtungsverfahren, sagen, das Proletariat sei nicht kampffähig, man müsse sich dem Schiedsspruch fügen, und läßt sich gar zu gern und willig von der Staatsbureaukratie durch die herrliche Methode der Verbindlichkeitserklärung „vergewaltigen".

Diese Methode der zerplitterten Führung der Kämpfe, ihrer Abwürgung durch Schlichtungsverfahren und Verbindlichkeitserklärungen, das ist praktisch die Beseitigung des Streikrechts, durchgeführt durch die Gewerkschaftsbureaukratie in Verbindung mit dem kapitalistischen Staatsapparat und zugunsten der großkapitalistischen Ausbeuter.

Angesichts der Riesengefahren, die dem Proletariat durch diese Begünstigung der Unternehmeroffensive erwachsen, müssen wir stärker denn je die

Revolutionierung der Gewerkschaften,

ihren Ausbau als Klassenkampf-Organisation und die Schaffung der nationalen wie der internationalen gewerkschaftlichen Einheit verfechten. Die Verhandlungen zwischen den russischen und englischen Gewerkschaften sind abgeschlossen. Die konterrevolutionäre Sabotage, die der ADGB. zugunsten der internationalen Reaktion gegenüber diesen Einheitsbestrebungen betreibt, müssen wir in Deutschland brechen. Deshalb:

Am 1. Mai begrüßt demonstrativ das anglo-russische Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit. Stützt und fördert auch in Deutschland die revolutionierende Arbeit des Einheitskomitees.

Mitten hinein in die einheitlichen Demonstrationen tragt unsere Kampfrufe: Für die Einheit, für den Klassenkampf, für die Sammlung der Massen in einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen.

Wir müssen und werden nur im Kampfe gegen die führende Gewerkschaftsbureaukratie, diese Hausknechte der Ausbeuter, die Gewerkschaftseinheit erzwingen.

Pazifistisch heulmeiert der Amsterdamer ADGB. über den Militarismus. Kein Wort weiß er zu sagen gegen den Völkerbund, diesem Werkzeug der Imperialisten, kein Wort über die akuten Kriegsgefahren, kein Wort zu der immer offeneren und frecheren Kriegsdrohung der Imperialisten gegen Sowjet-Rußland.

Nieder mit dem Imperialismus! Bildet die Rote Front! Schließt euch zusammen mit Sowjet-Rußland! Das ist unser Kampfruf.

Wer „Militarismus und Brudermord" bekämpfen und den neuen Weltkrieg verhindern will, muß begreifen, was Lenin schon während des Weltkrieges dem Proletariat einhämmerte, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg Bürgerkrieg bedeutet, den das Proletariat zur Verteidigung seiner Interessen zu führen gezwungen sein wird.

„Friede in den Hütten" wird nur sein, wenn die Arbeitermassen rücksichtslos den Klassenkampf gegen die Ausbeuter aufnehmen unter der alten Losung: „Krieg den Palästen!"

„Heraus aus den Betrieben! Heraus zu den Massenkundgebungen! Mit den Massen im Gleichschritt voran:

Gegen die internationale Reaktion,

für die Weltherrschaft der Sowjets!

Gegen Kapitalsoffensive und Bürgerblock,

für die Herrschaft der Werktätigen!

Gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, die Saboteure des Kampfwillens,

für die Gewerkschaftseinheit!

Allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai:

Vorwärts zum Massenkampf um den Achtstundentag!

Reichsarbeitsausschuß
der revolutionären Gewerkschaften Deutschlands.

Der 1. Mai und die Reformisten

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat zum 1. Mai einen ihrer üblichen „flammenden" Aufrufe gegen den Militarismus in die Welt gesandt. Die Arbeiter sollen die Regierung zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Wie das in der Praxis bei den reformistischen Arbeiterführern aussieht, dafür geben die deutschen Sozialdemokraten, die ja seit 4. August 1914 an der Spitze des Sozialverrats marschieren, ein anschauliches Beispiel.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich dem Aufruf des IGB. mit der Aufforderung angeschlossen, die Arbeitsruhe am 1. Mai von den Ortsausschüssen aus dort zu proklamieren, wo es „ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist". Bekanntlich bedrohen die Unternehmer überall die Arbeiter, die ohne Einverständnis der Direktion der Arbeit fernbleiben, mit der Entlassung. Wenn die Gewerkschaften nicht gewillt sind, ihre Kraft zum Schutze der Arbeiterinteressen einzusetzen, dann wird naturgemäß die Arbeitsruhe überall zur „Schädigung" der Arbeiterschaft führen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund gibt also dem Unternehmerverband den Wink, die Arbeiter mit Entlassung zu bedrohen, damit die reformistischen Führer nicht einen Kampf um die Maidemonstration zu führen brauchen.

Aber es ist auch leicht zu verstehen, warum die deutschen Reformisten am 1. Mai nicht einmal eine Demonstration für den Achtstundentag und gegen die Kriegsgefahr durchführen können. Eben jetzt führen die Sozialdemokraten einen Wahlkampf für den Präsidentschaftskandidaten des Zentrums, Wilhelm Marx, der als Reichskanzler im Winter 1923 die Verordnung erlassen hat, durch die der gesetzliche Achtstundentag in Deutschland abgeschafft wurde. Es wäre für die Reformisten schwer, die Arbeiter aufzurufen, am 26. April für den Räuber des Achtstundentages zu stimmen, weil er ein „Republikaner" ist, und am 1. Mai für den Achtstundentag gegen die gesamte Bourgeoisie zu demonstrieren.

Nicht anders steht es mit der Demonstration gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr. Jeder, der die internationalen Verhandlungen aufmerksam verfolgt, weiß, daß die größte Kriegsgefahr gegenwärtig in der Bearbeitung einer Völkerbundsintervention gegen die Sowjetunion liegt. Die deutsche Regierung verhandelt schon seit Monaten über den Beitritt zum Völkerbund. Bisher stellte sie die Bedingung, daß der Artikel 16 des Völkerbundpaktes für Deutschland nicht gelten sollte. Dieser Artikel schreibt vor, daß jedes Völkerbundsmitglied verpflichtet ist, sich nicht an dem vom Völkerbund verhängten Boykott gegen einen „Friedensstörer" zu beteiligen, sondern auch den Durchmarsch von Völkerbundstruppen freizugeben und bewaffnete Kräfte zur Verfügung zu stellen. Der Völkerbund, das Bündnis der Räuber von Versailles, kann selbstverständlich nicht einen imperialistischen Friedensbrecher zur Ordnung bringen; er kann nur Krieg führen gegen den gemeinsamen Feind aller Imperialisten, gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Die außenpolitischen Verhandlungen der deutschen Regierung nach der Annahme des Dawespaktes, der die vollkommene Unterwerfung unter die Ententeimperialisten bedeutete, verfolgen nur den Zweck, Deutschland in das antibolschewistische Kriegsbündnis einzubeziehen, das vor allem von der konservativen Regierung Englands betrieben wird. Wenn nunmehr im Zusammenhang mit dem Angebot eines Garantiepaktes durch den deutschen Außenminister Stresemann verlautet, daß Deutschland zum bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund bereit sei, so zeigt das an, daß die deutsche Bourgeoisie schon nahe am Abschluß des Kaufvertrages ist, durch den das deutsche Proletariat als Kanonenfutter in dem reaktionären Kriege gegen die Sowjetunion verschachert werden soll.

In Deutschland muß sich also der Protest des Proletariats gegen die Kriegsgefahr, vor allem gegen diese verbrecherischen Pläne der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung richten. Aber wie konnten die deutschen Sozialdemokraten einen solchen Kampf des Proletariats organisieren? Breitscheid, der Außenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie, hat ausdrücklich erklärt, daß die Aufnahme in den Bund der „zivilisierten" Westmächte für Deutschland wertvoller sei als die „platonische" Freundschaft mit Sowjet-Rußland. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde — so schwindelt dieser Antibolschewist mit zynischer Frechheit — die Gefahr eines Angriffes von seiten Rußlands (!) vermindern. Kann man sich schamloser in den Dienst der bürgerlichen Kriegshetzer gegen den Arbeiterstaat stellen?

Der Kampf für den Achtstundentag und gegen die Kriegsgefahr kann daher in Deutschland wie in allen anderen Ländern nur vom revolutionären Proletariat und seiner Partei, der Kommunistischen Partei, geführt werden. Weil die Kommunisten als einzige Arbeiterpartei diesen Kampf organisieren und führen, werden sie im „demokratischen" Deutschland mit derselben blutigen Gewalt unterdrückt und verfolgt wie im faschistischen Italien oder Spanien.

Aber Mord und Verfolgung können die Kraft des Proletariats nicht brechen. Im gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern aller Länder sammelt die Kommunistische Partei Deutschlands die arbeitenden Massen um die rote Fahne des Klassenkampfes. Sie wird trotz des Zusammenspielens der reformistischen Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern und der Polizei die Massen am 1. Mai auf die Straßen führen und der Bourgeoisie zeigen, daß der revolutionäre Wille im deutschen Proletariat lebendig ist.

Verlag: „Arbeiterstimme". Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit"
von D. A. Dybenko

Deutsch von Eduard Schlemann
Verlag Carl Hagm Nachf. Louis Cahubler, Hamburg 8

(15. Fortsetzung.)

Der Senatsplatz tobt und lärmt. Zehntausende von Matrosen, Soldaten und Arbeitern fordern sofortige Absetzung der Regierung. Auf einen Augenblick wird alles still. Auf der hohen Treppe des Domes erscheinen einer nach dem anderen die Redner, aber ihre Stimme versinkt im Meer der Köpfe, sie reicht nicht bis zur Mitte der Masse. Die Menschewisten läßt man überhaupt nicht zu Worte kommen. Bei ihrem Erscheinen auf der Tribüne bricht der Platz in wütendes Brüllen aus: „Nieder mit den Menschewisten!"

Aber da besteigt die Tribüne ein neuer Redner, ein Mann von mittlerem Wuchs, mit langem unordentlichen Haar, mit ausdrucksvollem, aber gesenkten Augen, — es ist der Genosse Antonow-Owseienko. Alles verstummt. Seine starke und klangvolle Stimme harmoniert wenig mit der Erscheinung. Er spricht langsam, mit Pausen. Es herrscht Totenstille, alle hören gespannt zu. Antonow zieht das Fazit des in diesen zwei Monaten zurückgelegten revolutionären Weges. Er erklärt es für absolut notwendig, die kapitalistischen Minister sofort aus der Regierung zu entfernen; er berührt alle in der Zeit liegenden brennenden Fragen. Unter Hurrarufen und lautem Beifall der vielhundertköpfigen Menge verläßt er die Tribüne.

Die Resolution der Bolschewisten wird angenommen. In geordneten Reihen bewegt sich die Menschenmasse durch die Straßen von Helsingfors. Erst gegen Mitternacht verstummen die revolutionären Lieder. Aber am Anlegeplatz und im Bruns-Park sieht man noch lange nach Mitternacht einzelne Matrosengruppen in heißen Diskussionen auf und ab wandeln. . . . .

4.

Der Helsingforser Sowjet — oder genauer, die Menschewisten — strebte danach, die ganze baltische Flotte, nicht nur die von Helsingfors, sondern auch die von Kronstadt, Reval und Abo zu umfassen. Aber gleich am Anfang seiner Bemühungen erlitt er einen vollständigen Mißerfolg. Kronstadt lebte sein eigenes Leben und ignorierte nicht nur den Helsingforser menschewistischen Sowjet, sondern auch den Petersburger, zumal dort die Provisorische Regierung herrschte. Die Seeleute von Reval bestanden auf dem von ihnen aufgestellten Kandidaten Werderewsky für den Posten des Kommandierenden der Baltischen Flotte, an Stelle des Admirals Maximow, der ein Kandidat von Helsingfors war; und nur die Seeleute von Abo verbanden sich mit denen von Helsingfors, aber auch sie hatten keineswegs die Absicht, dem Einfluß des Helsingforser Sowjets zu verfallen. Diese Zersplitterung der Flotte und gewisse Feindseligkeiten zwischen den einzelnen Flottenbasen behagten den Seeleuten nicht. Man suchte nach einem Ausweg, nach einer organisatorischen Form, die die ganze Baltenflotte zusammenschweißen und eine brüderliche Geschlossenheit schaffen könnte, und die imstande wäre, die Provisorische Regierung dazu zu zwingen, mit den Wünschen und Forderungen der Flotte zu rechnen. Eine solche organisatorische Form fand sich auch. In einer der Sitzungen des Helsingforser Sowjets brachte die Matrosensektion ein Projekt der Organisation eines Zentralkomitees der Baltflotte ein. Sehr viele waren gegen dieses Projekt. Eine solche Zentralstelle wurde als ein Organ betrachtet, das die Flotte sowohl von dem Einfluß des Helsingforser Sowjets als auch dem der Menschewisten befreien würde. Aber die Stimmen der Matrosen entschieden diese Frage. In derselben Sitzung wurden auch die Vertreter für den „Zentrobalt" gewählt. Die Helsingforser Gruppe schickte sofort Telegramme mit dem Projekt des „Zentrobalt" nach den anderen Flottenbasen und ersuchte um die Zusendung ihrer Vertreter. Die Revaler und Petersburger verhielten sich skeptisch und mißtrauisch zu diesem Projekt, und es dauerte lange, ehe sie ihre Vertreter sandten. Endlich kam die Sache zustande. Die Delegierten sind gewählt und beginnen sich zu versammeln. Nun taucht eine andere Schwierigkeit auf: der Helsingforser Sowjet gibt seine Räumlichkeiten nicht her.

„Sucht euch selbst, was ihr braucht!"

Drei Tage lang suchten wir und rannten wie Obdachlose durch die Stadt. Endlich zeigte sich eine Aussicht. Wir holten unsere Sachen von den Schiffen und wollten das Gebäude besetzen. Aber wir mußten wieder abziehen, auch hier wurden uns die Räumlichkeiten verweigert. Schtarew und ich stehen ratlos an der Landungsstelle und überlegen: was soll jetzt geschehen? Morgen treffen schon die Vertreter aus Kronstadt, Reval und Abo ein, und wir haben nicht einmal eine Unterkunft für sie. Was sind wir für eine Organisation, wenn wir nicht einmal ein Obdach haben? Verdammt!

Am Landungsplatz, dem Sowjetgebäude gegenüber, lag ein kleiner Dampfer „Viola", der früher dem Passagierverkehr diente.

„Genosse Schtarew, nehmen wir diesen Dampfer. Wenn sie versuchen, uns hinauszuwerfen, dann holen wir uns Leute vom Schiff."

Schtarew: „Wo denkst du hin, der Kasten ist ja voller Ratten. Wir halten dort keine Nacht aus."

„Das macht nichts, die Ratten sollen uns Schreibdienste leisten."

(Fortsetzung folgt.)

Versammlungskalender

Rotes Kartell Groß-Dresden. Dienstag den 21. April, abends 7 Uhr wichtige Sitzung in „Stadt Plauen". Industriegruppen- und Fraktionsleiter müssen restlos erscheinen. Parteiausweis als Legitimation mitbringen.

KPD. Distrikt Striesen. Am Montag den 20. April, abends 7,30 Uhr findet eine Funktionärsitzung im Vereinshaus Blasewitz Tolkewitzer Straße statt. Erscheinen ist Pflicht.

Zellengruppe Löbtau. Montag den 20. April Mitgliederversammlung mit Referat im Volksbad Wilsdrufferstraße.

Pirna. Montag den 20. April, abends 7,30 Uhr im Volkshaus Pirna: Maiausschuß.

K.-J.-Gruppe-Dresden. U.-B.-Ausschußsitzung Montag den 20. April bei Kaiser, Am See 7, abends 7,30 Uhr. Alle Gruppen- und Zellenleiter müssen erscheinen. Ebenfalls U.-B.-Mitglieder.
Die Leitung.

Jung-Spartakus-Bund. Alle Gruppen haben sofort einen Bericht über Schulkampfmaßnahmen einzusenden. Desgleichen die für die Bezirkskonferenz bestimmten Fragebogen. Die ausgegebenen Sammellisten zur Bezirkskonferenz sind spätestens zur Konferenz abzurechnen. 75 Prozent des gesammelten Geldes verbleibt den Gruppen.
Bez.-Leit. des J.-S.-B.

Jung-Spartakusbund. Dienstag den 21. April, abends 7,30 Uhr, Jakobsgasse 15: Bezirksleitungssitzung. Die U.-B.-Ltg. Wien und Dresden haben gleichfalls zu erscheinen.
Bezirksleitung des JSB.

Dienstag den 21. April, abends 7,30 Uhr, Güterbahnhofstraße 2, 1., Sitzung der Leiter des U.-Bez. Sehr wichtige Tagesordnung! Erscheinen ist Pflicht!

Arbeiter-Sport-Kartell Plauenscher Grund. Die für Montag den 20. April angesetzte Vollversammlung muß umständehalber auf Mittwoch den 22. April verlegt werden. Lokal und Zeit bleiben unverändert.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Radebeul, Fußball-Abteilung. Wohl als einzigste Vertreterin des Fußball-Bezirks Groß-Dresden weilte die 1. Elf des genannten Vereins in den Mauern Rathenows und Berlins. In beiden Städten wurde die Elf mit selten großer Freude und genossenschaftlichem Geist empfangen. Ein Geist beherrschte die Spielfläche und Zuschauer, der vorbildlich war und unserer Bewegung von großem Nutzen sein wird. Es ist uns hier nicht vergönnt, auf Einzelheiten näher einzugehen, der SAS. bringt ausführlichen Bericht. Das Spiel am 1. Feiertag ging vor einer stattlichen Zuschauermenge auf der früheren Rennbahn in Rathenow vom Stapel, unter guter Leitung eines Genossen von der Berliner Schiedsrichter-Vereinigung. Begrüßt durch lebhaften Beifall der Zuschauer, begann 3,15 Uhr das Spiel. Es wurde ein dem Arbeitersport würdiges Spiel vorgeführt. Das Ergebnis von 3:3 entspricht vollauf dem Spielverlauf. — Das Spiel am 2. Feiertag fand in Berlin statt. Es ist wohl einer der schönsten Plätze Berlins, weit überdachte Tribünen und eine vorzügliche Spielfläche sah man. Der „Gegner" war Lichtenberg 1. Einer außerordentlich großen Zuschauermenge wurde hier ein Spiel vorgeführt, welches sich die vollsten Sympathien der Spieler erworben hat. Der Schlußpfiff trennte beim Stande von 7:3 für Radebeul zwei Gegner, unterstützt durch nicht endenwollenden Beifall. Waren es bei Radebeul ausgesprochen bis ins Tor kombinierte Erfolge, so warteten die Berliner mit brillanten Prachtschüssen im gegebenen Falle auf. Unvergessen werden die Tage in Rathenow und Berlin bleiben.

RFB. Zentrum. Montag den 20. April, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung in Barts Gartenrestaurant, Friedrichstraße 38.

RFB. Tambourzug. Montag den 20. April, abends 7 Uhr bei Bart, Friedrichstr. 38. Die Unterabteilungen von Groß-Dresden sind angehalten, geeignete Kräfte zur Verfügung zu stellen.

RFB. N.-O. Montag, den 20. April, abends 8 Uhr, im „Goldbrunnen, Görlitzer Straße: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung!

RFB. Südwest. Montag, den 20. April: Mitgliederversammlung im „Bürgergarten". Alle Mitglieder von Löbtau, Cotta, Gorbitz, Naußlitz und Plauen haben pünktlich 7,30 Uhr zu erscheinen. Maifeier u. a. muß geregelt werden.

RFB. Brand-Erbisdorf. Jeden Mittwoch in der Turnhalle stellen!

RFB. Ortsgruppe Ostritz. Am 21. April, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in Schneiders Gasthaus. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Kameraden, agitiert für die RFB.-Versammlungen, werbt neue Mitglieder.

RFB. Striesen stellt Mittwoch abends 6 Uhr Pohlandplatz zur Begrüßung von Genossen Thälmann. Alles pünktlich erscheinen.

Proletarische Freidenker Wickten-Kaditz. Montag, 20. April: Gruppensitzung im Goldenen Lamm. Vortrag des Gen. Albert Spitz über „Die Kirche im Mittelalter". Anfang 7,30 Uhr.

Allgemeiner Mietbewohnerverein. Bezirk Friedrichstadt. Dienstag den 21. April 1925, abends 7,30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Bellevue, Walterstraße 27.

Unterbezirk Trachenberge. Mittwoch den 22. April, abends 7,30 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Restaurant „Sauer", Döbelner Straße.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtische Gewerbeschule zu Freital. Abendabteilung. Die Kurse für Gehilfen und Meister beginnen Montag den 20. April, nachmittags 7 Uhr.

Es werden folgende Kurse abgehalten:

Technisches Zeichnen, Freihandzeichnen, Skizzieren, Figurenzeichnen, Malen, Rechnen, Geometrie, Algebra, Trigonometrie, Mechanik, Elektrotechnik, Chemie, Deutsch, Geschäftskunde, Buchführung, Preisberechnen und Schriftschreiben. Zeit und Dauer ist aus dem in der Gewerbeschule ausgehängten Stundenplan ersichtlich. Vom 20. bis 25. April können sämtliche Kurse ohne Belegzwang besucht werden. Bis 25. April müssen die Eintragungen in die Teilnehmerlisten erfolgen. Die Anmeldungen gelten für die Monate April bis einschließlich September.

Teilnehmergebühren: 1 Wochenstunde monatlich 0,80 Mark. Die 5. und jede weitere Wochenstunde monatlich 0,50 Mark.
Die Direktion.

Regenschirme
Bewährte Stoffe / Gute Ausführung
Bezüge u. Reparaturen in kurzer Zeit
Werkstatt für alle Schirmarbeiten
Gegründet 1865
MORITZ KOTZER Inh. M. Gärtner Pirna, Barbiergasse 11

Herm. Heveker
Meißen, Burgstraße 28.
Spezialitäten: Seifen, Seifenpulver, Medizinal- u. Toilettenseifen sowie Parfümerien, Kerzen, Besen, Bürstenwaren, Holzpantoffel, Wäscheleinen, Wäscheklammern, Waschbretter, Fußmatten usw.

Theater am Wasaplatz
Heute und folgende Tage:
Die ewige Sünde!
Drama in 3 Akten von C. M. Jacoby
Beginn Wochentags 8¼ Uhr, Sonntags 7½ Uhr
Sonn- und Feiertags 3½ Uhr nachmittags:
Hänsel und Gretel
Kindermärchen von Hennig

Tymians Das Thalia- einzige wirkliche Theater
Täglich 8 Uhr
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wo kauft man gut u. billig in Oberlausitzer Bett- u. Leibwäsche
1602 bei
Emma Röttig
Pirna, Schössergasse 11 II.

Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt billigst
Rich. Braun
Freiberg

Kunden von auswärts erhalten Fahrtvergütung
Nehmt beim Einkaufen euch Zeit,
Pimslers Geschäft ist nicht weit.
Dort kann man sich noch
preiswert und solide in 1490
Herren-Garderobe
eindecken.
27 PIMSLER 27
Dresden
Landhausstr.
nächst d. Firmasch. Platz
(früher Gr. Brüdergasse)
Sämtliche Straßenbahnlinien
Bei Teilzahlung kein Preisaufschlag — Zahlungserleichterung
Bei Kauf ein. Anzuges 1 Paar Hosenträger gratis

Alle Lebensmittel!
Alle Rauchwaren!
immer billigst!
WILHELM BAEGE
1597 PIRNA

Das gute Orginal Cyklop Rad
Herrenrad .... Mark 98.50
Damenrad .... Mark 108.50
mit einjähriger Garantie auch zu erleichterten Zahlungsbedingungen.
„Näfa" 1495
Nähmaschinen u. Fahrrad-Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Dresden-A. 1, Wettinerstr. 20 — Dresden-A. 22, Leipziger Str. 54

C. Julius Röthig, Neugersdorf
Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe 1390
Größtes Herren-Stoffjager
Anfertigung nach Maß — Allerbilligste Preise

Achtung! An alle Kolporteure!

Die nächste 3 Kunsrate ist am 25. April fällig. Die Lieferung für die 1. Hälfte im Mai erfolgt nur nach den zahlenmäßig abgerechneten Exemplaren zuzüglich Neubestellungen.
Die Expedition

Der Gesundbrunnen
DREMA-YOGHURT
aus bester Vollmilch

Jeder der langsam altern u. lange leben, jeder, der um Jahre jünger aussehen und sich fühlen will, als ein anderer im gleichen Alter, esse täglich
DREMA YOGHURT
In Bulgarien gibt es 3800 Hundertjährige (Yoghurtessen)

Die stetig steigende Nachfrage bestätigt die Güte und Bekömmlichkeit dieses Produktes.

20 Pfg. pro Glas bei Rückgabe der Flasche.

Wer
über mangelnden Appetit klagt,
sich
bei seiner Arbeit
schwach
unlustig, niedergeschlagen
und
trotz regelmäßiger Lebensweise
elend
und abgespannt
fühlt,
der
esse
während einiger Wochen
täglich
1—2 Glas des erfrischenden, wohlschmeckenden Nähr- und Kräftigungsmittels

DREMA Yoghurt
nach Dr. Axelrod

Verkaufsstellen:

Kötzschenbroda
Bahnhofstraße 14
Radebeul
Leipziger Straße 69
Weißer Hirsch
Riswegs 59
Ferner in **Dresden**
Stadtniederlage m. Kleinverkauf:
Reisbahnstraße 16
Tel. 28704
Alaunstraße 18
Alvenslebenstraße 41
Annenstraße 54
Bautzner Straße 35
Bischofsweg 11
Blasewitzer Straße 66
Borsbergstraße 20
(Ecke Mosenstraße)
Burgkstraße 9
Chemnitzer Straße 113
Eisenstockstraße 1
Elisenstraße 54
Franklinstraße 8
Große Plauensche Straße 13
Kesselsdorfer Straße 82
Kreutzerstraße 2
Kreischaer Straße 17
Kyffhäuser Straße 22
Löbtauer Straße 48
Lortzingstraße 15
Manitiusstraße 11
Martin-Luther-Straße 21
Marschallstraße 44
Marienhofstraße 87
Markusstraße 11
Münchner Straße 11
Ockerwitzer Straße 3
Plotenhauerstraße 37
Pillnitzer Straße 11
Pirnaische Straße 38
Poststraße 28
Pohlandstraße 12
Residenzstraße 5
Schandauer Straße 18
Schnorrstraße 25
Striesener Straße 47
Struvestraße 23
Tauscherstraße 2
Trachenberger Straße 23
Tittmann Straße 29b
Voglerstraße 21
Waldenseeplatz 9
Weimarische Straße 7
Wettinerstraße 30
Würzburger Straße 9
Außerdem zahlreiche Verkaufswagen

DREMA
A.-G.
DRESDEN-A., Würzburger Straße 9
Telephon: 14154